



# Für ein starkes Deutschland und Europa

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag 2012



# **Für ein starkes Deutschland und Europa**

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag 2012



# Inhalt

4	Vorwort Deutschland bleibt vorn	60	Gut zu wissen Zahlen und Fakten aus der Fraktionsbilanz
8	Weichen für eine europäische Stabilitätsunion sind gestellt	62	Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern
16	Lehren aus der Krise: Finanzmarktregulierung auf gutem Weg	63	Veranstaltungen
20	Ausgeglichener Bundeshaushalt schon in Reichweite	66	Fraktionsvorstand Geschäftsführender Vorstand Arbeitsgruppen Soziologische Gruppen und Beisitzer
24	Energiewende meistern – Umwelt schonen	70	Weitere Gremien Beauftragte des Vorsitzenden Landesgruppen Gremien des Bundestages
28	Gegen den Trend: Wirtschaft und Arbeitsmarkt florieren	73	237 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete
36	Wahlfreiheit für Eltern – soziale Sicherheit auch in der Zukunft	75	Kontakt
40	Den ländlichen Raum lebenswert halten	76	Impressum
48	Das Urheberrecht muss auch im digitalen Zeitalter gelten		
52	Freiheit und Sicherheit in einer vernetzten und globalisierten Welt		
56	Freiheit, Demokratie und Menschenrechte achten		

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



# Vorwort

## Deutschland bleibt vorn

Wir können stolz auf unser Land und die Leistungen seiner Bürger sein. Trotz der Euro-Staats-schuldenkrise ist Deutschland stark geblieben. Die Menschen haben Arbeit. Der Staat und vor allem unsere sozialen Sicherungssysteme verfügen über ein stabiles finanzielles Fundament. Die deutsche Wirtschaft wächst stetig. Wo ist dies sonst noch in Europa so der Fall?

Diese Bilanz ist aber nur deshalb so positiv, weil der Euro stabilisiert werden konnte. Der Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Euro-Schuldenkrise war und ist richtig. Nur dank der Politik der christlich-liberalen Koalition sind die Belastungen für unser Land in einem vertretbaren Rahmen geblieben. Noch wichtiger ist, dass wir uns nun in Europa auf dem Weg der Gesundung befinden, so lang und steinig dieser auch sein mag.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat immer betont, dass Solidarität und Solidität in Europa zusammengehören. CDU und CSU sind sich

hier völlig einig. An dieser Stelle möchte ich meiner Ersten Stellvertreterin Gerda Hassel-feldt ausdrücklich für ihren Einsatz danken, die Fraktion gerade in diesen schwierigen Fragen immer wieder zusammenzuführen.

Wir helfen unseren europäischen Freunden, wenn sie in Not sind. Wir verteidigen unsere Währung, den Euro. Wir erwarten aber auch, dass sich unsere Partner gleichermaßen enga-gieren. Sie müssen sich anstrengen, selbst besser zu werden, ihre Haushalte zu sanieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die ersten Erfolge sind zu verzeichnen: Irland und Portugal kommen voran. Griechenland allerdings wird ein Sonderproblem bleiben. Aber noch wichtiger ist, dass sich in Europa etwas Grundsätzliches verändert hat. Wir haben nun festgeschrieben, dass jedes Land eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen muss. Dieser Fiskalpakt, den wir im Bundestag gemeinsam mit dem europäi-

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mit seiner Ersten Stellvertreterin und CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt.



schen Rettungsschirm ESM verabschiedet haben, ist die Antwort Europas auf die Krise. Ohne die Kanzlerin und unseren Finanzminister Wolfgang Schäuble hätte es sie nicht gegeben, genauso wenig wie die gemeinsamen Anstrengungen Europas zur Regulierung der Finanzmärkte.

Unser Land stünde heute anders da, würde es nicht von der christlich-liberalen Koalition regiert. SPD und Grüne hätten längst Ja zu Euro-Bonds gesagt. Sie hätten Geld ohne Gegenleistungen gegeben. Das wäre für den Reformwillen in den betreffenden Staaten fatal gewesen. Deren Regierungen hätte man

sogar verstehen können: Denn welcher Politiker würde seinen Bürgern harte Reformen zumuten, wenn er seinen Haushalt mit dem Geld anderer über Wasser halten könnte?

Umgekehrt sind auch die widerlegt worden, die keine Hilfen geben wollten. Deutschland mit seiner starken Exportwirtschaft profitiert von Europa wie vielleicht kein anderes Land – nach wie vor. Die Politik darf nicht mit dem Feuer spielen. Europa ist unsere Zukunft. Mit der darf man nicht leichtfertig umgehen.

Diese Koalition hat unser Land aber auch auf vielen anderen Feldern in den vergangenen





Monaten zukunftsfester gemacht. So schaffen wir die Grundlagen, um Deutschlands Wissens- und Innovationsvorsprung zu erhalten. Trotz der Sparzwänge steigert die christlich-liberale Koalition die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2013 um 13 Milliarden Euro. Wir werden weiter darauf achten, dass die Unternehmen die Kraft behalten, in den eigenen Betrieb zu investieren. Der Staat ist immer nur *ein* Pfeiler, der die Zukunftskraft eines Landes ausmacht.

Der Zeitpunkt für Wahlkampf ist noch längst nicht gekommen. Die Legislaturperiode endet erst im Herbst 2013, und bis dahin gibt es noch

einiges zu tun: Als Bund müssen wir darauf achten, dass die Länder wirklich mit dem Kita-Ausbau vorankommen. Die neue Energiepolitik gilt es Schritt für Schritt umzusetzen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist in vollem Gange. Vor allem gilt es aber, Europa noch weiter zu einer Stabilitätsunion zu entwickeln. Die christlich-liberale Koalition wird Deutschlands Chancen mehren.

**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die bisher an dieser Stelle verwendete Abbildung kann aus lizenzrechtlichen Gründen nicht mehr gezeigt werden.

# Weichen für eine europäische Stabilitätsunion sind gestellt

Trotz aller Schwierigkeiten ist der Euro in den vergangenen Monaten weiter stabilisiert worden. Mit Entschließungsanträgen zu den europäischen Gipfelbeschlüssen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der FDP-Fraktion dabei die Verhandlungspositionen unserer Bundesregierung mitgestaltet und gestärkt.

Es ging dabei um eine Weichenstellung zwischen Schuldenunion und Stabilitätsunion. Mit dem Rückhalt der Koalitionsfraktionen ist es Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble letztlich gelungen, die Währungsunion in Richtung Stabilitätsunion weiterzuentwickeln.

Unser Ansatz zur Schaffung einer Stabilitätsunion beruht im Wesentlichen auf vier Säulen: Erstens, wir stärken die Wirtschafts- und Währungsunion durch schärfere Überwachungs- und Sanktionsinstrumente. Zweitens, wir verpflichten hochverschuldete Euro-Staaten zu tiefgreifenden Struktur-reformen, die zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. Drittens, wir verknüpfen eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit aller Euro-Staaten mit gezielten Wachstumsimpulsen. Und schließlich viertens, wir errichten Rettungsschirme, die es Euro-Staaten mit Refinanzierungsproblemen ermöglichen, ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

## Stabilitätskurs gegen breiten Widerstand durchgesetzt

Dass die Bundesregierung die EU-Mitglieder für ihren Ansatz zu einer Stabilitätsunion gewinnen konnte, war keine Selbstverständlichkeit. Viele im In- und Ausland sehen bis heute in der Vergemeinschaftung der Haftung und der Schulden das Allheilmittel zur Überwindung der Krise. Sie machen sich stark für Wachstum auf Pump, ohne jedoch die dringend nötigen Struktur-reformen zu verlangen. Dies ist das falsche Rezept.

Maßgeblich für die Weichenstellung zu Gunsten der Stabilitätsunion war die Verknüpfung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit dem Fiskalvertrag. Die Koalition hat ihre Unterstützung für den dauerhaften Rettungsschirm ESM von Anfang an von der gleichzeitigen Einführung des Fiskalvertrags abhängig gemacht. Dieser schreibt die verbindliche Einführung nationaler Schuldenbremsen vor, wie wir sie in Deutschland bereits im Grundgesetz verankert haben. Er wirkt langfristig darauf hin, dass ESM-Hilfen gar nicht erst erforderlich werden.

Der Fraktion war es wichtig, den Fiskalvertrag – auch in den Bundestagsberatungen zu seiner Ratifizierung – nicht vom ESM abzutrennen. Das ist ebenso gelungen wie die Organisation der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit. Die Opposition zögerte dabei lange mit ihrer Zustimmung. Letztlich wurde zusätzlich vereinbart, dass sich die Bundesregierung für die europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer einsetzen soll. Dies war aber ohnehin Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch der Koalition insgesamt. Der langen Verhandlungsrunden hätte es nicht bedurft.

## Zusätzliches Gewicht für die Stimme des Bundestages in Europa

Der nationale Ratifizierungsprozess von ESM und Fiskalpakt konnte erst Mitte September abgeschlossen werden, obwohl die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat schon vor der Sommerpause vorlag. Ursache waren Verfassungsklagen gegen beide Vertragswerke. Das Urteil aus Karlsruhe hat die Politik der christlich-liberalen Koalition dann aber klar bestätigt. Mögliche Fragen zur deutschen Haftungsobergrenze wurden auch unter Mitwirkung des Bundestages im Ratifizierungsverfahren beseitigt, so dass klar ist, dass diese bei maximal 190 Milliarden Euro liegt. Auch wurden im Zuge der Entscheidung die Informationsrechte von Bundestag und Bundesrat noch einmal klargestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte schon mit einem Urteil im Februar 2012 die Rolle des Bundestages gestärkt: Mit Hinweis auf die Budgethoheit des Bundestages, die in einer repräsentativen Demokratie zwingend ist, hatte Karlsruhe darauf gedrungen, dass Maßnahmen des temporären Rettungsschirms EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) prinzipiell vom Plenum gebilligt werden. Die Entscheidungen des vertraulich tagenden Neuner-Gremiums, dessen Sitze nach Fraktionsstärken aufgeteilt sind, wurden auf Käufe von Staatsanleihen am Sekundärmarkt beschränkt. Diese Regelung gilt selbstverständlich auch für den ESM.

## Sonderfall Griechenland

Die Hilfsprogramme für notleidende Euro-Länder haben es mit sich gebracht, dass sich der Bundestag intensiv mit der Innenpolitik anderer Staaten befassen musste. Maßgeblich für die Auszahlung der Hilfen sind die Berichte der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds über die Fortschritte, die die betroffenen Staaten hinsichtlich der zugesagten Reformen machen.

Ende Februar hat der Bundestag dem zweiten Rettungspaket für Griechenland den Weg geebnet. Dieser Schritt war auch deshalb akzeptabel, weil der deutsche Bürgschaftsrahmen unverändert geblieben ist und private Gläubiger beteiligt wurden. Der Schuldenschnitt hat Steuerzahlern wie Spekulanten signalisiert, dass die Staaten der Euro-Zone nicht fraglos für private Verluste aufkommen. Der Anleihetausch verlief dann komplikationslos.



Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen bei der namentlichen Abstimmung zum ESM und Fiskalpakt am 29. Juni 2012.



Die Koalition ist sich der Tatsache bewusst, dass Griechenland die größte Herausforderung darstellt. Auch wegen der fragwürdigen Umstände, unter denen das Land zur Zeit von Rot-Grün der Euro-Zone beigetreten ist, handelt es sich um einen Sonderfall. Unter schwierigen Bedingungen wurde inzwischen viel geleistet, um Athen auf den richtigen Pfad zu bringen. Der Schuldenstand wurde reduziert, das jährliche Defizit ist deutlich gesunken, die Wettbewerbsfähigkeit leicht gestiegen.

Die Anstrengungen reichen aber noch nicht aus. Das aktuelle Hilfsprogramm verschafft Griechenland die nötige Zeit, seine Reformen anzugehen. Weil ESM und Fiskalvertrag jetzt in Kraft sind, hat sich das Risiko weiter vermindert, dass andere Euro-Staaten sich anstecken, falls es zu weiteren Turbulenzen kommen sollte. Es bleibt unser Ziel, die Euro-Zone komplett zusammenzuhalten.

## Irland und Portugal liegen im Plan

In Irland hat sich die Lage stark verbessert. Das Wachstum entwickelt sich stabil positiv. Das Defizitziel wird in diesem Jahr unterschritten. Die Wettbewerbsfähigkeit ist größer geworden. Strukturreformen kommen insbesondere

---

## Auf einen Blick: Fiskalvertrag

- Die Unterzeichner führen nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse ein.
- Die jährliche gesamtstaatliche Neuverschuldung darf um Konjunkturreffekte und finanzielle Transaktionen bereinigt 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten.
- Ein Defizitverfahren wird künftig automatisch ausgelöst werden, sollte ein Unterzeichnerland des Fiskalvertrages diese Obergrenze für die Neuverschuldung überschreiten.
- Ein Defizitverfahren kann nunmehr nur mit qualifizierter Mehrheit verhindert werden. Konsolidierungsunwillige Länder können sich nicht mehr verbünden, um Sanktionen zu umgehen.
- Der Europäische Gerichtshof (EuGH) überprüft – bei Klagen von Unterzeichnerländern des Fiskalvertrages und der Europäischen Kommission – die korrekte Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht.
- Länder in einem Defizitverfahren müssen ein sogenanntes Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auflegen, das vom Rat der EU und der Europäischen Kommission genehmigt und überwacht wird.
- Zwei Mal im Jahr soll es Treffen der Regierungschefs der Euro-Zone geben. Wenn es um Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Grundlagen der Euro-Zone oder spezielle Fragen der Umsetzung des Fiskalvertrags geht, werden auch die am Fiskalpakt beteiligten acht Nicht-Euro-Staaten dabei sein.
- Die Regierungen sollen in der Wirtschaftspolitik enger zusammenarbeiten und ihre Reformpläne abstimmen.
- Die Unterzeichnerländer des Fiskalvertrages sind verpflichtet, zur Einhaltung der Schuldenbremse automatische Korrekturmechanismen einzuführen.
- Die unterzeichnenden Staaten verstärken ihre rechtliche Verpflichtung, ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Überschreitet diese 60 Prozent des BIP, ist sie um jährlich fünf Prozent zu reduzieren.
- Die Parlamente müssen sich auf regelmäßigen Konferenzen in Fragen der Haushalts- und Fiskalpolitik koordinieren.
- Spätestens in fünf Jahren ist das Einverständnis aller 27 EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Bis dahin soll der Fiskalvertrag in die Europäischen Verträge überführt werden.



auf dem gebeutelten Arbeitsmarkt voran; ebenso macht die Stabilisierung des Finanzsektors Fortschritte. Dass das Maßnahmenpaket richtig ist, wird dadurch bestätigt, dass die Zinsaufschläge gesunken sind. Irland ist sogar eine Teilrückkehr an den Kapitalmarkt gelungen.

Das Sanierungsprogramm Portugals liegt grob im Plan. Die Staatsausgaben sind jetzt unter Kontrolle; das strukturelle Haushaltsdefizit ist deutlich zurückgegangen. Steigende Exporte zeugen von verbesserter Wettbewerbsfähigkeit. Das Vertrauen der Märkte konnte auch deshalb zurückgewonnen werden, weil die Bevölkerung trotz schmerzhafter Opfer den eingeschlagenen Kurs unterstützt. Für 2013 ist die Rückkehr an den Kapitalmarkt vorgesehen.

## Chancen der Krisenbewältigung sind 2012 gestiegen

Nach einem Jahr grundlegender Reformen in den Programmländern und auf europäischer Ebene können wir sagen: Unsere Strategie, keine unkontrollierbaren Risiken einzugehen, geht auf. Der Euro behauptet sich. Das Vertrauen in unsere Währung kehrt zurück.

Trotz unterschiedlicher Interessenlagen muss ein stimmiges Konzept für die Weiterentwicklung der Integration entwickelt werden. Dabei muss ein Grundsatz gelten: Die Regeln, die sich Europa gibt, muss es auch einhalten. Die Kontrollen müssen verbessert werden. Allerdings muss auch die parlamentarische Kontrolle im Euro-Raum verbessert werden. Erste Vorschläge liegen vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich aktiv an der Diskussion beteiligen.

Unsere Sorgen sind geringer als vor Jahresfrist. Möglicherweise haben wir 2012 den Wendepunkt erreicht.

Weitere Informationen unter  
[www.cdusu.de/europa](http://www.cdusu.de/europa)  
[www.cdusu.de/haushalt](http://www.cdusu.de/haushalt)



Der Bundestag hat weitgehende Kontroll- und Mitspracherechte bei der Euro-Rettung.





---

## Auf einen Blick: Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

- Der ESM dient als finanzielle Brandmauer, falls ein Land in Schieflage geraten sollte.
  - Instrumente des ESM sind: Darlehen, Primärmarkt- und Sekundärmarktinterventionen, vorsorgliche Finanzhilfen und Darlehen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines ESM-Programmlandes.
  - Staatsanleihen werden künftig Umschuldungsklauseln (CACs) enthalten, die es dem Staat erleichtern, sich im Falle einer Umschuldungssituation mit seinen Gläubigern über die Zahlungsbedingungen seiner Anleihen zu einigen.
  - Wer künftig Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach dessen Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben.
- 







# Lehren aus der Krise: Finanzmarktregulierung auf gutem Weg

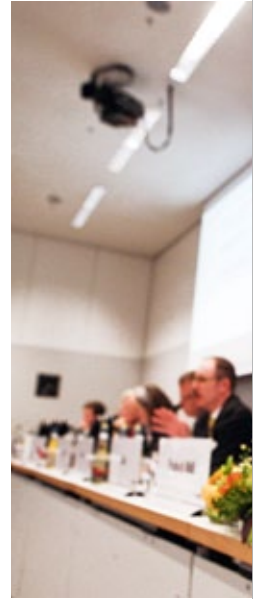
Bei der dringend notwendigen Regulierung der Finanzmärkte ist die christlich-liberale Koalition weiter vorangekommen. Dabei lässt sich gerade die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von dem Gedanken leiten, dass alles unternommen werden muss, damit sich die Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 nicht wiederholen kann. Allerdings hilft es dabei auch nicht, die Finanzwirtschaft unter einen Generalverdacht zu stellen. Banken sind für eine Volkswirtschaft unverzichtbar. Eine vernünftige Regulierung wird aber der Finanzwelt letztlich helfen und nicht schaden. Sie ist daher für alle Seiten wichtig: Für die Kunden der Banken, für die Institute selbst, aber auch für die Gesellschaft insgesamt.

Das Bankenrestrukturierungsgesetz und die Bankenabgabe, die 2011 eingeführt wurden, haben bereits Modellcharakter weltweit. Systemrelevante Banken können in Deutschland restrukturiert oder geordnet abgewickelt werden, ohne dass der Finanzsektor insgesamt gefährdet würde. An derartig grundlegende Reformen hat die Koalition 2012 angeknüpft.

## Finanzaufsicht schlagkräftiger gemacht

Vor allem hat die Koalition die deutsche Finanzaufsicht erheblich gestärkt. Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben ab 2013 neue Befugnisse und werden nach klaren Vorgaben enger zusammenarbeiten.

Mit dem Ausschuss für Finanzstabilität, in dem unter anderem das Bundesfinanzministerium, die Bundesbank und die BaFin vertreten sind, ist ein Forum geschaffen worden, in dem alle relevanten Institutionen in Deutschland die Lage auf den Finanzmärkten gemeinsam analysieren. Sie beraten über Warnungen und Empfehlungen an die Aufsichtsbehörden oder andere öffentliche Stellen.



Finanzminister Wolfgang Schäuble  
beim Kongress der CDU/CSU-Fraktion  
am 5. März 2012.

## Riskante Finanzgeschäfte eingedämmt

Auch die Regeln für konkrete Bankgeschäfte hat die Koalition weiter verschärft. Zentraler Bestandteil sind höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen nach dem Regelwerk von „Basel III“, benannt nach dem Baseler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Ziel ist es, unter anderem die Finanzinstitute zu mehr Vorsorge für Kreditausfälle zu verpflichten. Dadurch wird der Sektor insgesamt widerstandsfähiger. Unser Ziel ist es, die neuen Vorgaben in Deutschland ab 2013 anzuwenden.

Die ab November rechtskräftige EU-Leerverkaufsverordnung entspricht dem deutschen Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte von Juli 2010. Es gilt damit das generelle Verbot ungedeckter Leerverkäufe von europäischen Aktien und Staatsanleihen sowie von Kreditversicherungen auf EU-Staatstitel ohne Absicherungszweck. Mit Novellen des Wertpapierhandels- und des Börsengesetzes hat die Koalition 2012 begleitende Melde- und Veröffentlichungspflichten, strafbewehrte Zwangseindeckungspflichten und Bußgeldtatbestände beschlossen.





Weiter werden die Gefahren aus dem Hochfrequenzhandel reduziert. Die Koalition wird die Erlaubnispflicht für Hochfrequenzhändler einführen und Marktmanipulationen verhindern. Gesetz ist bereits, dass Manager von Hedge- und Private-Equity-Fonds einer Kontrolle unterliegen und sich die Ratingagenturen von Interessenkonflikten frei machen müssen. Die Finanzmärkte dürfen den Ratings auch nicht mehr blindlings vertrauen, sondern müssen eigene Analysen betreiben.

### Finanziellen Verbraucherschutz ausgebaut

Bankkunden müssen bei Wertpapiergeschäften nunmehr besser über die Risiken der Finanzprodukte aufgeklärt werden. Bei fehlerhaften oder fehlenden Prospekten gelten Schadenersatzansprüche mit Verjährungsfristen von bis zu zehn Jahren. Den Rechtsschutz haben wir auch dadurch verbessert, dass Haftungsfälle von Vermittlern und Beratern zum Gegenstand von Musterverfahren

gemacht werden können. Nicht zuletzt wird bei der BaFin ein Verbraucherbeirat eingerichtet sowie ein Beschwerdeverfahren für einzelne Verbraucher und Verbraucherschutzorganisationen.

### Qualität vor Schnelligkeit bei europäischer Bankenaufsicht

Den Beschluss des Europäischen Rates von Juni 2012 zur Errichtung einer einheitlichen EU-Bankenaufsicht unterstützt die christlich-liberale Koalition, weil Europa die gleiche Schlagkraft braucht wie Deutschland. Mit dem Entschließungsantrag „Bankenunion – Subsidiaritätsgrundsatz beachten“ hat die Koalition aber frühzeitig klargestellt, dass dabei Qualität vor Schnelligkeit geht. Die neue Aufsicht bedarf demokratischer Kontrolle, und die Einlagensicherung darf nicht vergemeinschaftet werden.

Nicht zuletzt plädiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation einzudämmen. Damit diese Steuer tatsächlich einen Lenkungseffekt hat, ist es erforderlich, sie in möglichst vielen Ländern einzuführen. Die Bestrebungen der Bundesregierung, möglichst viele EU-Partner dafür zu gewinnen, unterstützt sie nachdrücklich.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/finanzen](http://www.cducsu.de/finanzen)





# Ausgeglichener Bundeshaushalt schon in Reichweite

Solide Haushaltspolitik gehört zum Markenkern der Union. Unter der christlich-liberalen Koalition wird der Bund seine Nettokreditaufnahme von ursprünglich geplanten 86 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf gut 17 Milliarden Euro 2013 abbauen. Auch in Zukunft wird das Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, den Haushalt zu sanieren, ohne jedoch das Wachstum zu bremsen.

Nach der scharfen Rezession von 2009 gelang es, die Konjunkturpakete behutsam auslaufen zu lassen, ohne dass der Aufschwung ins Stocken geriet. Im Gegenteil: Das Bruttoinlandsprodukt erreichte 2010 und 2011 neue Höhen; seine Entwicklung erweist sich auch in diesem Jahr trotz des unsicheren internationalen Umfeldes als robust.

Dank der eindrucksvollen Wirtschaftsentwicklung sind die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen kräftig angestiegen. Im Gegensatz zur Vergangenheit sind die Staatsausgaben trotzdem nicht erhöht worden. Gleichzeitig werden Mittel in Bereiche umgeschichtet, in denen Investitionen nötig sind.

Aufgrund des labilen internationalen Umfeldes würden Steuererhöhungen oder übermäßige Kürzungen der Staatsausgaben Konjunkturrisiken hervorrufen. Die Bundesregierung hat daher der Europäischen Union und der Gruppe der 20 wichtigsten Industriestaaten zugesagt, darauf zu verzichten, das Defizit allzu rigide zurückzuführen. Dies würde die internationale Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen. Deutschland bleibt Wachstumslokomotive in Europa.

## Strikte Ausgabendisziplin zahlt sich aus

Nicht nur die Konjunkturindikatoren bestätigen den Kurs der Koalition. Sie ist bei der Haushaltskonsolidierung schneller vorangekommen als der Abbaupfad der Schuldenbremse vorschreibt. Sowohl in diesem Jahr als auch 2013 liegt die Nettoneuverschuldung deutlich unter dem Limit.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 hat die Koalition die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Milliarden Euro unterschritten. Sie hat die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um 1,1 Milliarden Euro abgesenkt, ohne auf Wachstumsimpulse zu verzichten. Die Union erreichte es, dass eine Milliarde Euro zusätzlich für ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm zur Verfügung gestellt wurden.

Im Bundeshaushalt 2013 wird die nach der Schuldenbremse ebenfalls maximal mögliche Nettokreditaufnahme um fast 24 Milliarden Euro unterschritten. Indem die Koalition das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückführt, hält sie ein Kernelement der Schuldenbremse bereits ein – und zwar drei Jahre früher als vorgegeben.





Mit dem Budget des kommenden Jahres sorgt die Koalition erneut für gute Wachstumsbedingungen. Sie setzt Ausgabenschwerpunkte im Bereich Bildung und Forschung sowie bei der personellen Unterstützung der Energiewende. Die klassischen Investitionen im Verkehrsbereich bleiben entgegen den ursprünglichen Planungen nicht nur auf dem hohen Niveau von zehn Milliarden Euro, sondern werden sogar noch um 750 Millionen Euro vorrangig für Neubauprojekte erhöht.

## Bundeshaushalt soll schon 2014 strukturell ausgeglichen sein

Mit strikter Ausgabendisziplin ist die christlich-liberale Koalition während der gesamten Wahlperiode hervorragend vorangekommen. Für das Jahr 2014 strebt sie einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt an. Trotz der anstehenden Bundestagswahl unterliegt die Koalition nicht der Versuchung, die Ausgabenspielräume auszuschöpfen. Ebenso wenig liegt ihr daran, den Haushalt schon vorher auf Biegen und Brechen auszugleichen – was auf Kosten des Wachstums in Deutschland und Europa ginge.

Weitere Informationen unter  
[www.cducusu.de/haushalt](http://www.cducusu.de/haushalt)  
[www.cducusu.de/wirtschaft](http://www.cducusu.de/wirtschaft)



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, im Plenum.



# Energiewende meistern – Umwelt schonen

Deutschland ist auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter. Bis 2050 wollen wir unsere Energieversorgung zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien speisen. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sollen die Hauptlieferanten für unsere Energie werden. Gleichzeitig soll Energie sicher und bezahlbar bleiben, auch damit Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Dazu sind viele Schritte in den Handlungsfeldern Energienetze, erneuerbare Energien, fossile Kraftwerke, Energiespeicher und -forschung sowie Energieeffizienz nötig.

## Energienetze ausbauen

Der Ausbau des Höchstspannungsübertragungsnetzes für Strom stellt ein zentrales Element dar. Wir brauchen mehr Übertragungsnetze, da es nicht allen Regionen in Deutschland möglich sein wird, ihren Energiebedarf mit dem vor Ort vorhandenen Potenzial aus erneuerbaren Energien zu decken. Die christlich-liberale Koalition hat mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Grundlagen für eine bundesweit koordinierte Netzplanung und eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren gelegt. Ein Netzentwicklungsplan wird in einem Bundesbedarfsplangesetz festgelegt werden. Auch die Verteilnetze müssen modernisiert und ausgebaut werden, denn Strom aus erneuerbaren Energien, der stärker dezentral von zahlreichen Kleinerzeugern produziert wird, wird über diese Netze eingespeist.

Für den Erfolg der Energiewende ist es auch von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung die notwendigen Maßnahmen akzeptiert. Die christlich-liberale Koalition hat deshalb dafür gesorgt, dass Bürgerinnen und Bürger stärker und frühzeitiger in die Feststellung des Netzausbaubedarfs sowie in die Planungs- und Genehmigungsverfahren eingebunden werden.

## Tragende Säule Windenergie

Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt sehr gut voran. Bereits heute liegt ihr Anteil an der Stromerzeugung bei 25 Prozent. Den größten Beitrag leistet die Windkraft, gefolgt von Biomasse, Wasserkraft und Fotovoltaik.

Der Ausbau der Solarenergie ist besonders erfolgreich. Die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – ein jährlicher Zubau von 2.500 bis 3.500 Megawatt – haben wir 2011 mit 7.500 Megawatt erneut weit übertroffen. Die offensichtliche Überförderung der Fotovoltaik hat die Koalition durch eine deutliche Absenkung der Fördersätze im EEG korrigiert.

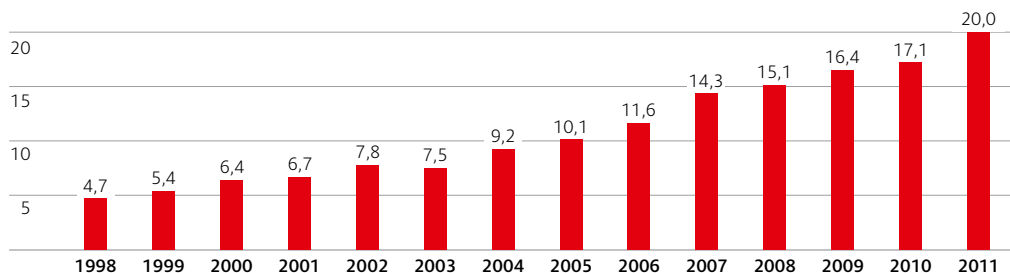
Windenergie ist eine tragende Säule beim Umbau der Energieversorgung in Deutschland. Mit dem KfW-Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ und einer Sammelanbindungsregelung für Windparks hat die Koalition den Ausbau beschleunigt. Des Weiteren wurde ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die offenen Haftungsfragen beim Anschluss von Offshore-Windparks an das Stromnetz klärt und verlässliche Rahmenbedingungen setzt.

## Fossile Kraftwerke werden gebraucht

Um auch in Zukunft die Energieversorgung garantieren zu können, braucht Deutschland in den nächsten Jahren zusätzliche fossile Kraftwerke. Wir müssen die Kapazitäten, die wegen der schrittweisen Abschaltung der Kernkraftwerke fehlen, ersetzen. Zudem müssen wir die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgleichen. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz novelliert und die Förderbedingungen für den Neubau und die Modernisierung von KWK-Anlagen verbessert. Ein neues KfW-Kreditprogramm soll Investitionen kommunaler Unternehmen in Gaskraftwerke fördern. Mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes werden wir die Versorgungssicherheit verbessern.

Die erneuerbaren Energien haben ihren Preis. Der starke Anstieg der EEG-Umlage auf 5,277 Cent/kWh 2013 zeigt, dass der weitere Ausbau volkswirtschaftlich verantwortbar und bezahlbar erfolgen muss. Wir brauchen ein Fördersystem, das sich stärker am Bedarf und am Zusammenspiel mit den konventionellen Energieträgern orientiert. Dies wird nur gelingen, wenn Anlagenzubau und Netzausbau miteinander synchronisiert werden. In der Diskussion um die Reform des EEG dürfen Industrie und Verbraucher nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen weder, dass die Strompreise zu einer Verlagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen ins Ausland führen, noch darf Energie für die privaten Haushalte zum Luxusgut werden.

## Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung in Deutschland in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

### Speicherkapazitäten ausbauen

Zum Ausgleich der Schwankungen, die bei der Erzeugung erneuerbarer Energien entstehen, brauchen wir auch entsprechende Speicherkapazitäten. Deshalb fördert die Koalition Forschung und Entwicklung in diesem Bereich mit dem 6. Energieforschungsprogramm und der Förderinitiative „Energiespeicher“.

### Umwelt schützen – Lebensgrundlagen erhalten

Mit der Energiewende kommen wir zu einer Energieversorgung, die das Klima schont, die Umwelt schützt und die Lebensgrundlagen erhält. Damit betreibt die Koalition Vorsorge für die kommenden Generationen.

Energiesparen ist ein Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Die Koalition hat deshalb das Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt und die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung auf den Weg gebracht. Sie hat erreicht, dass ab 1. Januar 2012 wieder der nachträgliche Einbau von Rußpartikelfiltern gefördert wird. Mit der Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts stärkt die Koalition die Vermeidung von Abfällen, fördert nachhaltig das Recycling und legt damit die Grundlage für eine durchgreifende Verbesserung von Ressourcenmanagement und Ressourceneffizienz.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/umwelt](http://www.cducsu.de/umwelt)  
[www.cducsu.de/energie](http://www.cducsu.de/energie)  
[www.cducsu.de/wirtschaft](http://www.cducsu.de/wirtschaft)







# Gegen den Trend: Wirtschaft und Arbeitsmarkt florieren

Die christlich-liberale Koalition führt Deutschland nicht nur gut durch die Euro-Schuldenkrise, sondern sorgt auch dafür, dass unser Land im internationalen Wettbewerb vorn bleibt. Die deutsche Wirtschaft wächst, während viele andere Staaten Rezession zu beklagen haben.

Die deutschen Exporte steigen. Anders als in früheren Jahren stützt vor allem die Binnenkonjunktur die positive Entwicklung. Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und steigende Löhne haben die Nachfrage der Privathaushalte stimuliert.

Deutschland ist nicht nur die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas, es ist das einzige Land in der Europäischen Union, das deutlich weniger Arbeitslose hat als vor dem Krisenjahr 2009. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Fast 42 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Verbesserte Beschäftigungsperspektiven und steigende Löhne haben mit dazu beigetragen, dass die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen deutlich angestiegen sind und sich somit neue Spielräume eröffnen.

## Erleichterungen für Familien und Betriebe

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für diese gute Entwicklung mit die Weichen gestellt: Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Koalition die Menschen und Unternehmen in Deutschland bereits 2010 um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Dabei entfielen allein 4,6 Milliarden Euro auf die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Außerdem erleichterte die unionsgeführte Bundesregierung Abschreibungen für Betriebe und veränderte die Erbschaftssteuer zum Vorteil der Familien und des Mittelstandes.

Der Bürokratieabbau macht Fortschritte. Seit 2006 wurden rund 450 Maßnahmen beschlossen, die die Unternehmen von Berichtspflichten entlasten. Während die deutsche Wirtschaft 2006 noch jährlich rund 49 Milliarden Euro für Bürokratie aufbringen musste, sind es heute rund elf Milliarden weniger. So schafft die Koalition Freiräume für Investitionen und eröffnet neue Chancen für Innovation und Beschäftigung.

Mit den in der Krise eingeführten Sonderregeln beim Kurzarbeitergeld und mit dem milliardenschweren Schutzschirm für Arbeitnehmer, mit dem die Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung niedrig gehalten wurden, konnte die christlich-liberale Koalition die finanzielle Situation der gesetzlichen Sozialversicherungen grundlegend stabilisieren. Anstelle des Defizits von 2009 (13,7 Milliarden Euro) wiesen die Sozialkassen 2011 einen Überschuss von 13,8 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zu 2010 verfünffachte sich der Überschuss nahezu – und dies trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren.





## Beitragssätze stabil halten

Zur Bewältigung der demografischen Entwicklung kommt es auch künftig darauf an, mehr Beitragszahler zu haben – was nur mit einer Steigerung der Beschäftigtenzahl gelingen kann. Ein Faktor dafür ist, die Beitragsbelastung stabil zu halten. Hier geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Auch 2012 liegen die Sozialbeiträge unter 40 Prozent.

Richtig ist aber auch, dass wir denen, die Deutschland trotz Krise stark gemacht haben, zurückgeben, was sie sich hart erarbeitet haben. Der Rentenbeitragssatz sinkt 2013 auf 18,9 Prozent. Bereits zu Jahresbeginn 2012 wurde der Beitragssatz von 19,9 auf 19,6 Prozent gesenkt. Insgesamt ist dies eine Entlastung um rund 8,2 Milliarden Euro. Beschäftigte und Arbeitgeber profitieren gleichermaßen davon.

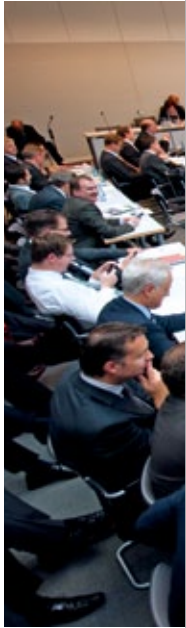
Arbeitnehmer haben dadurch mehr Netto vom Brutto. Für einen Durchschnittsverdiener mit 2.600 Euro brutto in der Tasche ergibt sich zusammen gerechnet eine Entlastung um rund 190 Euro im Jahr. Die Arbeitnehmer haben in den vergangenen Jahren eher geringe oder gar keine Lohnsteigerungen erhalten und damit zur Erholung der Wirtschaft stark beigetragen. Die Früchte des Verzichts dürfen sich nicht nur in den Gewinnen der Unternehmen und den Dividenden der Aktionäre niederschlagen, sondern müssen allen zugute kommen. Mit der Beitragssatzsenkung haben die Arbeitnehmer mehr im Portemonnaie, die Rentner haben eine höhere Rentenanpassung, und die Arbeitskosten sinken.



Der Geschäftsführende Vorstand  
der CDU/CSU-Fraktion.

Als Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel hat die christlich-liberale Koalition ein Konzept zur Fachkräftesicherung beschlossen. Die Strategie ruht auf zwei Säulen: auf kluger Zuwanderungspolitik und besserer Ausschöpfung des inländischen Potenzials. Als zentrale Maßnahme hat die Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen beschlossen.

Gleichzeitig verwendet die christlich-liberale Koalition ihre ganze Kraft und das Geld der Bürger dafür, dass die Menschen wieder in Arbeit kommen. Der Kampf gegen Armut lässt sich nur dadurch gewinnen, dass Arbeitsplätze geschaffen und Arbeitslose vermittelt werden. Dazu gewährleistet die Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Kommunen nicht nur echte Mitsprache in den Jobcentern, sondern in 110 Städten und Landkreisen ist die Kommune sogar allein für die Betreuung Langzeitarbeitsloser zuständig. Diese Hilfe aus einer Hand ist bürgerfreundlich und vergrößert die Chancen der Arbeitslosen auf Vermittlung. Die Arbeitsmarktpolitik ist jetzt besser darauf ausgerichtet, individuelle Problemfälle zu lösen. Die Entscheider vor Ort sind freier als bisher; die Vermittlungsanstrengungen werden ausgebaut.

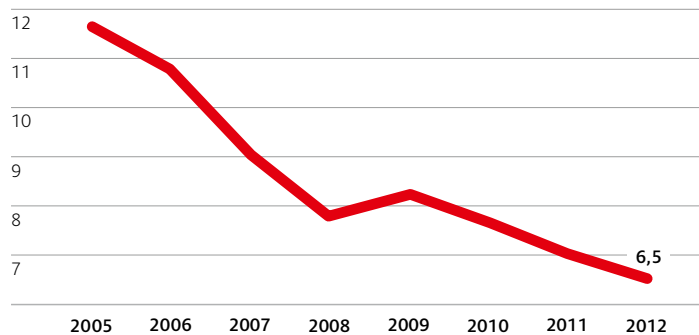


## Auf einen Blick: Niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung

Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiter in sehr guter Verfassung. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihrem aktuellen Herbstgutachten zwar, dass der im historischen und internationalen Vergleich bemerkenswerte Abbau der Arbeitslosigkeit über die letzten Jahre künftig an Schwung verlieren wird. Für das Jahr 2012 rechnen die Ökonomen damit, dass die Zahl der Arbeitslosen wie bisher bei 2,9 Millionen verharren wird. Das entspricht weiterhin dem niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1992, der erstmals 2011 erreicht wurde. Für das kommende Jahr prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen leichten Zuwachs an Arbeitslosen, allerdings um allenfalls 40.000.

### Arbeitslosenquote

Angaben in Prozent



Quelle: Agentur für Arbeit; Stand: September 2012



Die 237 Abgeordneten der Unionsfraktion treffen sich immer dienstags in der Sitzungswoche im Fraktionssaal.

## Für faire Löhne in Deutschland

Gemeinsames Ziel von CDU und CSU sind faire Löhne in Deutschland. Gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden. Über vier Millionen Beschäftigte in zwölf Wirtschafts-

zweigen erhalten derzeit schon einen tarifvertraglich vereinbarten Branchen-Mindestlohn. Daran gilt es für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion anzuknüpfen: Wir vertrauen den Tarifvertragsparteien. Ein politischer Mindestlohn ist nicht der richtige Weg.

Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. In keinem Land der Welt ist eine solche partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie hierzulande. Zwischen 2002 und 2011 fielen je 1.000 Beschäftigten in Deutschland durchschnittlich nur 4,4 Arbeitstage wegen Streiks aus. Das ist der Lohn des hohen Verantwortungsbewusstseins beider Tarifpartner. Es soll ihre Aufgabe bleiben, die Lohnhöhe auszuhandeln.

Wir wollen diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben. Gemeinsam haben CDU und CSU in einer Fraktionsarbeitsgruppe 2012 Vorschläge entwickelt, wie sich die Tarifvertragsparteien für die Bereiche, in denen kein tarifvertraglich festgelegter Lohn existiert, auf eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze verständigen sollen. Über die Höhe der Lohnuntergrenze soll eine unabhängige, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Kommission entscheiden. Auch die Festlegung von möglichen Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte Lohnuntergrenze. Das unterscheidet das Modell der Union vom politischen Mindestlohn.



In der Fraktionssitzung stimmen die Abgeordneten über Initiativen, Anträge und Gesetzesvorlagen ab.

## Zuwachs an Beschäftigung prognostiziert

Auch wenn es zunehmend Befürchtungen gibt, dass die schwächer werdende Weltkonjunktur und die Schuldenkrise in Europa sich negativ auf unsere Zukunft auswirken: Deutschland steht nicht vor einer durchgreifend negativen Trendwende. Dies belegt die Jahresprognose 2012/2013 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Es sagt sogar einen guten Zuwachs an Beschäftigung voraus. Nicht allein die Konjunktur macht Deutschland stark. Unsere Wirtschaft hat großes Vertrauen in die strukturelle Stabilität des Standortes Deutschland. Das gibt unseren Arbeitnehmern und ihren Familien große Sicherheit.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/wirtschaft](http://www.cducsu.de/wirtschaft)  
[www.cducsu.de/arbeitsundsoziales](http://www.cducsu.de/arbeitsundsoziales)  
[www.cducsu.de/arbeitnehmer](http://www.cducsu.de/arbeitnehmer)



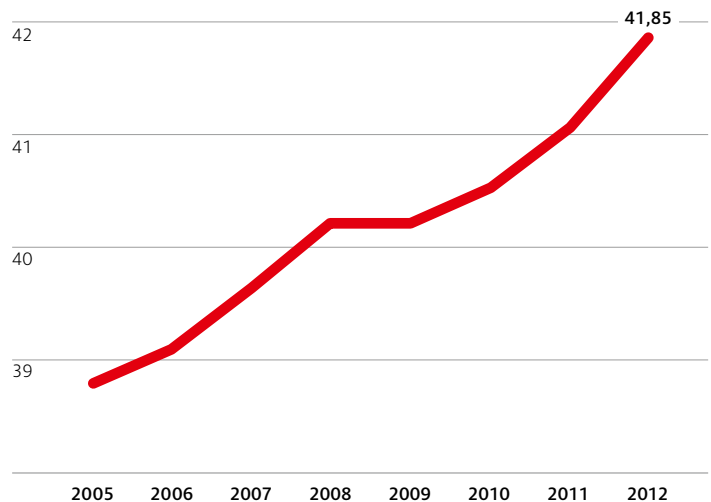
## Auf einen Blick: Immer mehr Beschäftigte

Die Beschäftigung nimmt weiter zu und stützt die Binnennachfrage. Die Institute sehen eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 463.000 Personen in diesem und um 148.000 im nächsten Jahr. Der größte Teil davon wird weiterhin dem Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuzurechnen sein.

Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten steigt laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Jahresdurchschnitt 2012 um 560.000 und im kommenden Jahr um weitere 290.000 auf 29,29 Millionen Personen. Das ist der höchste Stand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit 1992. Der Zuwachs übertrifft das vierte Jahr in Folge den Anstieg der Erwerbstätigkeit insgesamt. Dies belegt, der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist und bleibt nachhaltig.

### Zahl der Erwerbstätigen

Angaben in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: September 2012





# Wahlfreiheit für Eltern – soziale Sicherheit auch in der Zukunft

Für die christlich-liberale Koalition ist die Förderung von Familien mit Kindern ein Schwerpunkt ihrer Politik. Das macht sich zunächst im Geldbeutel der Familien mit Kindern bemerkbar: Familien mit Kindern sind seit dem 1. Januar 2010 deutlich entlastet. Das Kindergeld wurde ganz im Sinne der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für jedes Kind um 20 Euro pro Monat erhöht. Der Steuerfreibetrag für Kinder stieg von 6.024 Euro auf 7.008 Euro.

Aber auch der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren kommt voran. Ziel ist ein Kita- oder Krippenplatz für jedes dritte Kind ab dem zweiten Lebensjahr bis August 2013. Mit dem Ausbau des Betreuungsangebots geben wir berufstätigen Eltern die Sicherheit, dass ihr Kind gut versorgt wird, während sie arbeiten. Mit Unterstützung der Fraktion hilft die Bundesregierung den Ländern bei der Finanzierung dieser Aufgabe. Damit aus den Geldern schneller Kitaplätze werden, macht sie aber auch Druck auf die Länder, die zu zögerlich an den Ausbau gegangen sind.

Das Verständnis der Union von einer modernen Familienpolitik ist klar: Eltern und Kinder brauchen die bestmögliche Unterstützung, um ihren individuellen Familienentwurf leben zu können – und dazu gehört das Betreuungsgeld genauso wie der Ausbau von Krippen. Das Betreuungsgeld ist die notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung. Würde vorwiegend in Krippenplätze, aber nicht in Alternativen investiert, wäre das eine staatliche Bevorzugung der Krippenerziehung. Familien würden in eine bestimmte Richtung gelenkt.

Das heißt: Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern. Diese erreichen wir nur, wenn Familienpolitik auch die Eltern unterstützt, die sich selbst um ihre Kleinkinder kümmern wollen. Dabei sind die monatlich 100 Euro ab August 2013 und 150 Euro ab August 2014 eher wenig im Vergleich zur Subvention eines Krippenplatzes, der im Schnitt etwa 1.000 Euro kostet.

## Für ein gerechtes Rentensystem auch in der Zukunft

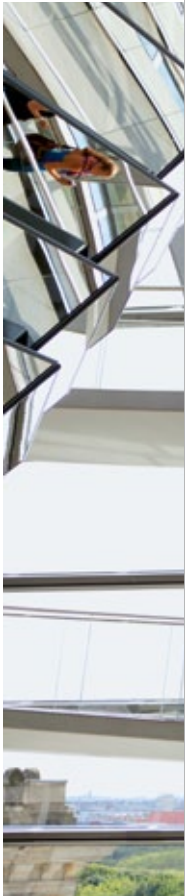
Eine stabile soziale Sicherung ist ein Kernanliegen der unionsgeführten Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nachdem auf Grundlage der „Rentengarantie“ eine Rentenkürzung vermieden werden konnte, stiegen die Altersbezüge im Juli 2012 sogar spürbar um über zwei Prozent an. Altersarmut ist gegenwärtig nur wenig ausgeprägt. Die Koalition arbeitet gleichwohl an der Verbesserung der Situation von Menschen, die im Alter von Armut bedroht sind. Zur Flankierung der Rente mit 67 ergreift sie ein Bündel von Maßnahmen. So sollen Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten. Der Aufschlag soll aus Steuermitteln finanziert werden. Die Koalition will ein gerechtes Rentensystem auch in der Zukunft.

## Versicherte bleiben erstklassig versorgt

Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts ist absehbar, dass die günstige Finanzentwicklung in unserem Gesundheitssystem nicht ewig anhalten wird. Mit der Gesundheitsreform geht die christlich-liberale Koalition diese Herausforderung an. Damit die Gesundheitskosten auf viele Schultern verteilt werden, beteiligt die Koalition Leistungserbringer, Arbeitgeber, gesetzliche Krankenkassen und alle Steuerzahler daran auf faire Weise. Zur Entlastung von Arztpraxen und Versicherten wird die Praxisgebühr zum 1. Januar 2013 abgeschafft. Gleichzeitig bleiben alle Versicherten erstklassig versorgt.

Der Grundsatz „Pflege zu Hause hat Vorrang vor Pflege im Heim“ ist ein besonderes Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und er gilt auch in der Zukunft: Die Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Euro in der Pflege werden für eine echte Verbesserung zugunsten Demenzkranker sowie zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und Familien verwandt. Hinzu kommt die ebenfalls beschlossene Förderung der privaten Pflegevorsorge.

Unter der christlich-liberalen Koalition werden erstmals die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende bedarfsgerecht berechnet. Rot-Grün hatte gegen dieses Verfassungsgebot verstoßen. Mit den neuen Regelsätzen wird das Lohnabstandsgebot gewahrt. Union und FDP sind sich einig darin, dass sie Armut bekämpfen wollen, indem sie Erwachsenen Chancen auf Arbeit und Kindern über Bildung Chancen auf sozialen Aufstieg verschaffen.





Mehr als zwei Millionen bedürftige Kinder profitieren vom neuen Bildungspaket. Wie von den Kommunen gefordert, sind Landkreise und Städte mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ein warmes Mittagessen, auf Musik- und Sportstunden sowie auf Teilnahme an Schulausflügen betraut. Damit Geld für die Finanzierung übrig bleibt, übernimmt der Bund von den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter – eine milliarden-schwere Entlastung.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/familie](http://www.cducsu.de/familie)  
[www.cducsu.de/arbeitundsoziales](http://www.cducsu.de/arbeitundsoziales)  
[www.cducsu.de/gesundheit](http://www.cducsu.de/gesundheit)  
[www.cducsu.de/kommunales](http://www.cducsu.de/kommunales)







# Den ländlichen Raum lebenswert halten

Etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Deutschland schöpft aus diesen Regionen einen beachtlichen Teil seiner wirtschaftlichen Kraft. Ein Großteil der etwa 3,5 Millionen Wirtschaftsbetriebe in Deutschland befindet sich auf dem Land. Die schönen Landschaften bedeuten auch für viele Bewohner städtischer Ballungszentren Heimat: Sie ziehen Touristen aus der Stadt an. Die unverwechselbaren Kultur- und Naturlandschaften prägen das Bild Deutschlands.

Prognosen zeigen, dass bis zum Jahr 2060 ca. zwölf bis 17 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben werden als heute. Gleichzeitig zeichnet sich eine rasch fortschreitende Überalterung der Bevölkerung ab. Diese Entwicklung betrifft insbesondere die ländlichen Räume. Während viele Regionen für diese Entwicklung gut gerüstet sind, haben einige große Schwierigkeiten, die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und der europäischen Integration zu bewältigen.

## Stärkung der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe

Die Union ist seit jeher die politische Kraft, die die Belange der ländlichen Räume mit Nachdruck und Erfolg vertritt. Sie hat bereits eine Reihe von Innovationen auf den Weg gebracht, von denen ländliche Räume profitieren werden, doch sind weitere Maßnahmen nötig.

Aus Sicht der christlich-liberalen Koalition muss die Förderung der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder begriffen werden. Seit März beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe aus CDU/CSU und FDP mit dem Thema. Sie hat in zahlreichen Anhörungen und Fachgesprächen mit Sachverständigen aus Bundesministerien und Hochschulen, mit Verbänden und Vereinen, aber auch mit den Ländern, Landkreisen und Kommunen Anregungen gesammelt. Von einem Koalitionsfachkongress im Juni nahm sie

weitere zahlreiche Vorschläge mit. Ihr Abschlusspapier dient als Grundlage für einen Antrag an die Bundesregierung, der noch im Jahr 2012 verabschiedet werden soll.

## Starke Landwirtschaft für starke ländliche Räume

Eine starke Landwirtschaft ist die Grundlage für vitale ländliche Räume. Daher hat das Landwirtschaftsministerium eine Charta für Landwirtschaft und Verbraucherschutz erarbeitet. Diese Charta beschreibt die künftigen Herausforderungen, aber auch die Zielkonflikte. Zudem zeigt sie Lösungen für eine nachhaltige Politik auf. So will die Koalition zum Beispiel regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, den Verbrauch wertvoller Agrarflächen reduzieren, das Tierwohl voranbringen und mit mehr Transparenz bei den Lebensmitteln dem Verbraucher eine klare Orientierung bieten.

Mit der Neuordnung des Pflanzenschutzrechts hat die Koalition das weltweit herausragende Niveau der Prüfung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland erhalten. Auch künftig sind hohe Standards beim Schutz von Umwelt und Verbrauchern gewährleistet. Gleichzeitig stellt sie durch eine pragmatische Umsetzung des EU-Verfahrens zur zonalen Zulassung den betroffenen Landwirten und Gärtnern dringend benötigte neue Pflanzenschutzmittel schnellstmöglich bereit. Die Koalition setzt dabei auf eine Harmonisierung der europäischen Vorgaben und damit auf einen Abbau der Wettbewerbsverzerrungen für die deutschen Landwirte.

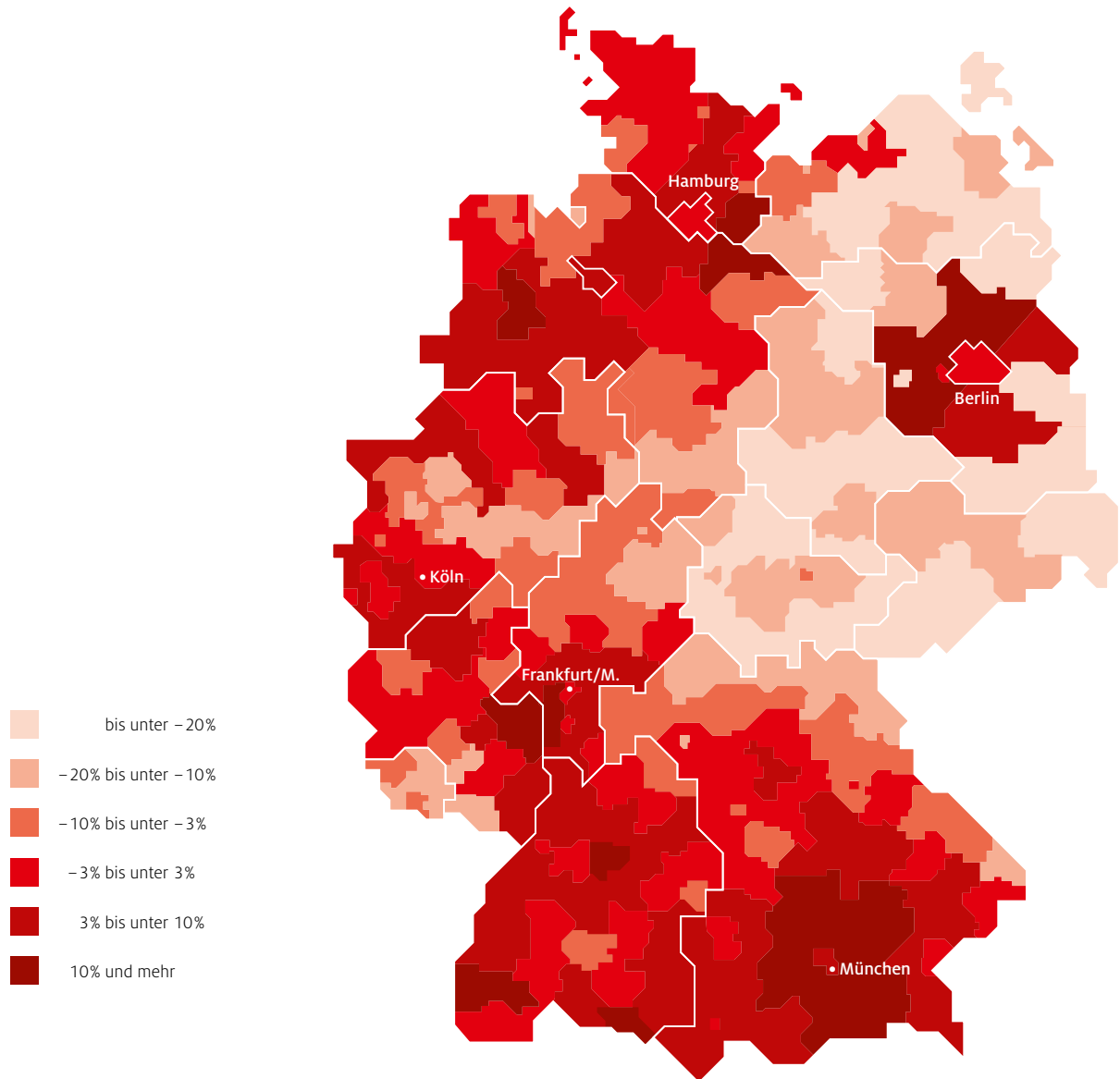
Die agrarsozialen Sicherungssysteme wurden unter dem Dach eines neuen Bundesträgers zusammengeführt. Diese Bündelung der Kräfte macht die soziale Sicherung in der Landwirtschaft stark für die Zukunft. Der Bund beteiligt sich daran mit gut 150 Millionen Euro. Ebenso wichtig ist, dass auch bei der neuen landwirtschaftlichen Sozialversicherung das bewährte Prinzip der Selbstverwaltung gewahrt bleibt.

## Digitale Spaltung Deutschlands verhindern

Von übergeordneter Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Räume ist eine moderne Infrastruktur, etwa für die Telekommunikation. Hier stehen wir vor einem Innovationsschub, der sich aus den deutlich gestiegenen Übertragungsraten des Breitbandes ergibt. Daher müssen die Standortbedingungen des ländlichen Raums verbessert werden, indem das schnelle Internet dort flächendeckend ausgebaut wird. Nur so lässt sich eine digitale Spaltung Deutschlands verhindern.

## Künftige Bevölkerungsdynamik

Veränderung der Bevölkerungszahl 2005 bis 2030  
in Deutschland



Datenbasis: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)



Die Diskussionsvorschläge der Teilnehmer am Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ wurden in eine parlamentarische Initiative integriert.

Die Bundesregierung hat als Ausbauziel vorgegeben, bis 2014 für 75 Prozent und bis 2018 für 100 Prozent der Haushalte Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügbar zu haben. Zwar hat die Koalition mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes schon den Boden dafür bereitet, dass mehr in den Ausbau der Breitbandnetze investiert werden kann. Gleichwohl müssen neue Wege zur Finanzierung und Umsetzung, zur Einbeziehung und Beteiligung von Kommunen und Nutzern des Breitbandnetzes aufgezeigt werden. Zu prüfen ist ebenfalls die Möglichkeit der Nutzung alternativer Technologien, etwa freiwerdender Radio-Frequenzen.

## Uneingeschränkte Mobilität sichern

Zahlreiche Menschen, die auf dem Land wohnen, pendeln zur Arbeit in die Ballungsräume. Das Verkehrsaufkommen steigt nicht zuletzt deshalb, weil uneingeschränkte Mobilität für die Menschen selbstverständlich geworden ist. Deshalb müssen wir die Verkehrsinfrastruktur in den ländlichen Räumen ausbauen. Beim Erhalt und Ausbau von Straßen und Schienen müssen wir auf Umweltverträglichkeit achten und den besonderen Ansprüchen älterer Menschen gerecht werden. Es ist wichtig, dass die ländlichen Räume an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden.

Neuen Mobilitätsformen – wie der Nutzung von Elektrofahrrädern – kann im ländlichen Raum eine wichtige Rolle zukommen. Auch hierfür muss eine Infrastruktur vorgehalten werden, die der Bund fördern kann.







CSU-Landesgruppenchefin  
Gerda Hasselfeldt beim Kongress  
am 11. Juni 2012.

Zentrale Aufgabe ist es, in allen Regionen stets in ausreichender Menge Energie bereitzustellen. Gerade den ländlichen Räumen kommt eine besondere Bedeutung als Produktionsstandort für erneuerbare Energien zu. Um die Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien zu erhöhen und den Verbleib von Wertschöpfung in den ländlichen Regionen sicherzustellen, scheint eine Beteiligung von Bürgern, etwa in Energiegenossenschaften, sinnvoll. Auf der anderen Seite muss mehr Energie eingespart werden, so über die Gebäudesanierung. Ein Programm zur Verstärkung der Sanierungstätigkeit kann zur Wertschöpfung im ländlichen Raum beitragen. Daher empfiehlt die Koalition den Ländern, ihren Widerstand im Bundesrat gegen die steuerliche Förderung der Dämmung von Häusern aufzugeben.

## Förderprogramme auf ländliche Räume ausrichten

Damit die Regionen leistungs- und wettbewerbsfähig bleiben, müssen sie sich eigenständig entwickeln können. Das will die Koalition erreichen, indem sie Förderprogramme stärker auf die ländlichen Räume ausrichtet. So könnte beispielsweise die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Die Union empfiehlt, den Zugang zu Bildungs- und Forschungskapazitäten auch im ländlichen Raum zu erhalten und die Kooperationen von Wirtschaft und Forschung zu fördern, um die Innovationsfähigkeit mittelständischer Unternehmen dort zu stärken.

Die überwiegend mittelständisch strukturierte Tourismusbranche hat herausragende Bedeutung für strukturschwache Regionen. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind ebenfalls wichtige Stützen des ländlichen Raumes. Für den Tourismus und die Bodennutzung brauchen wir leistungskräftige Fachkräfte vor Ort. Die Schaffung von Arbeitsplätzen – etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge oder der Kindertagespflege – bleibt eine Kernaufgabe, wenn wir die Menschen auf dem Land halten wollen.

Für eine älter werdende Bevölkerung ist eine dauerhaft hohe Qualität der medizinischen Versorgung auf dem Land unabdingbar. Der Telemedizin wird hierbei eine größere Rolle zukommen. Ambulante Angebote, vor allem in der Pflege, müssen ebenfalls ausgebaut werden. In der Betreuung und Hilfspflege, beim Brand- und Katastrophenschutz kommt dem ehrenamtlichen Engagement und der Nachbarschaftshilfe zunehmende Bedeutung zu. Deshalb müssen wir das Ehrenamt stärken.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/laendliche-raeume](http://www.cducsu.de/laendliche-raeume)  
[www.cducsu.de/agrarundverbraucher](http://www.cducsu.de/agrarundverbraucher)  
[www.cducsu.de/verkehr](http://www.cducsu.de/verkehr)  
[www.cducsu.de/tourismus](http://www.cducsu.de/tourismus)









# Das Urheberrecht muss auch im digitalen Zeitalter gelten

Das Internet ist auf dem besten Weg, zur wichtigsten Infrastruktur unserer Gesellschaft zu werden. Die rasante technologische Entwicklung birgt Chancen und Risiken. Mit der Initiative, die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ im Deutschen Bundestag einzusetzen, hat die CDU/CSU-Fraktion dieses wichtige Thema ins Zentrum der Debatte gerückt.

Beim Urheberrecht strebt die Unionsfraktion einen gerechten Interessenausgleich zwischen Kreativen, Nutzern und Providern an. Mit ihrem 2012 verabschiedeten Positionspapier „Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft“ hat sie hierzu konkrete Vorschläge gemacht. Dabei ist klar, dass der Grundgedanke des geistigen Eigentums nicht verhandelbar ist, denn das Urheberrecht bildet die Grundlage des kreativen Schaffens. Wir müssen die Grundlagen dafür erhalten, dass ein Künstler von seiner Arbeit leben kann. Eine reine Gratiskultur kann es im Internet nicht geben. Im Sinne der Kreativen und Konsumenten muss ein konsistentes Recht für analoge und digitale Inhalte geschaffen werden. Dort, wo existierende Schranken zu restriktiv ausgelegt werden, kann man Änderungen für die digitale Welt vornehmen. Das Urheberrecht muss für neue technische und wirtschaftliche Möglichkeiten und Entwicklungen offen sein.

## Leistungsschutzrecht für Presseverlage

Presseverlage sehen sich im Internet zunehmend damit konfrontiert, dass sich gewerbliche Suchmaschinenbetreiber und sogenannte News-Aggregatoren verlegerische Leistungen zu eigen machen. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition ein neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage auf den Weg gebracht, das diese mit anderen Werkvermittlern gleichstellt, die seit langem entsprechende Rechte haben. Damit stärkt die Koalition das geistige Eigentum und den Qualitätsjournalismus.

Internet und digitale Wirtschaft sind Treiber von Innovationen und Wachstum in allen Bereichen der Wirtschaft. Mehr denn je kommt es darauf an, die Potenziale der Wirtschaft zu erkennen und sie für den Standort Deutschland umfassend auszuschöpfen. Auf einem Kongress hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Chancen, Risiken und Rahmenbedingungen diskutiert und zentrale Handlungsfelder identifiziert, um den aktuellen Wachstumstrend der digitalen Wirtschaft zu erhalten.



## Mehr Sicherheit für Verbraucher im Netz


Ständige Neuerungen im Bereich von Internet und digitalen Geräten beeinflussen unseren privaten und geschäftlichen Alltag. Die Koalition hat verschiedene Maßnahmen beschlossen, die dem Verbraucher mehr Sicherheit geben, wenn er sich in der digitalen Welt bewegt. Mit dem Gesetz zum besseren Schutz vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr wird der Verbraucherschutz gestärkt. Für Rechtssicherheit beim stetig wachsenden Online-Handel ist gesorgt.

Mehr Sicherheit gewährt auch der am 1. November 2010 eingeführte neue Personalausweis. Er ermöglicht den sicheren elektronischen Identitätsnachweis im Internet. Mit der zusätzlichen Option der qualifizierten elektronischen Signatur können online Verträge, Anträge und Urkunden unterzeichnet werden. Auch will die Koalition noch in dieser Legislaturperiode unlauteren Inkassopraktiken einen Riegel vorschieben.

## E-Mail statt Behördengang

Ein moderner Rechtsstaat muss modern arbeiten. Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht, dass die Behörden auf der Höhe der Zeit sind. Online-Kommunikation, elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Aktenführung werden zunehmend eingeführt und erfolgreich genutzt. Mit Hilfe der De-Mail und des E-Government-Gesetzes schafft die Koalition die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Verwaltung den Auf- bzw. weiteren Ausbau von E-Government-Angeboten voranbringen kann. Zeitaufwändige Behördenbesuche können dadurch vermieden werden.

Auch kriminelle Handlungen erreichen im Internet neue Dimensionen. Der Aufbau eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrums und die Einrichtung eines Nationalen Cybersicherheitsrates dienen der Aufrechterhaltung einer sicheren Informations- und Kommunikationstechnik in unserem Lande, die für ein Hochtechnologieland wie Deutschland unverzichtbar sind.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/recht](http://www.cducsu.de/recht)  
[www.cducsu.de/innen](http://www.cducsu.de/innen)  
[www.cducsu.de/verbraucherschutz](http://www.cducsu.de/verbraucherschutz)  
[www.cducsu.de/eidg](http://www.cducsu.de/eidg) 



# Freiheit und Sicherheit in einer vernetzten und globalisierten Welt

Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, ist seit jeher Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nur wenn sich die Menschen in unserem Lande sicher fühlen, ihre körperliche und persönliche Integrität gewahrt sehen, sich überall frei bewegen und ihre Meinung frei äußern können, sind die in unserer Verfassung festgeschriebenen Werte gelebte Wirklichkeit.

Der Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Terrorismus stellt den Staat in einer globalisierten und vernetzten Welt vor neue Herausforderungen, denen er sich mit bewährten, aber auch neuen Instrumenten und Strategien stellen muss. Deutschland steht weiterhin im Fokus islamistisch-terroristischer Bestrebungen. Mit den um weitere vier Jahre verlängerten „Antiterrorgesetzen“ hat die christlich-liberale Koalition entschlossen und mit Augenmaß auf die sich ändernden Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus reagiert.

Die Visa-Warndatei und das Datenabgleichverfahren, die sich beide im Aufbau befinden, unterstützen die deutschen Visabehörden dabei, Personen aus dem terroristischen Umfeld zu erkennen. Der islamistischen Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich auch die Deutsche Islamkonferenz (DIK) angenommen und eine Sicherheitspartnerschaft mit Muslimen begründet.

## Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit

In einer Trauerfeier hat Deutschland den Opfern des rechtsextremistischen Terrors der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) gedacht. Damit hat unser Staat ein deutliches Zeichen gegen jede Art fremdenfeindlicher und extremistischer Gewalt gesetzt. Die christlich-liberale Koalition steht in der Verantwortung, diese schweren Verbrechen mit mutmaßlich





Ein Untersuchungsausschuss wurde auf Antrag aller fünf Fraktionen am 26. Januar 2012 eingesetzt. Er soll zur Aufklärung der Taten der NSU-Terrorgruppe beitragen.

zehn Morden lückenlos aufzuklären. Es müssen auch Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden in Bund und in Ländern gezogen werden, nachdem über Jahre eine rechtsterroristische Gruppe unentdeckt agieren konnte.

Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich mit den Verbrechen der NSU befasst, untersucht umfassend Umfeld und Vernetzung der Terrorgruppe sowie die Tätigkeit der Bundesbehörden – auch in ihrem Zusammenwirken mit Landesbehörden. Er wird auf der Grundlage seiner Erkenntnisse Empfehlungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus aussprechen. Erste Schlussfolgerungen wurden bereits mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus und einer gemeinsamen Verbunddatei-Rechtsextremismus für Polizei und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gezogen.



Bei der Gedenkfeier hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Angehörigen der Opfer der rechtsextremen Terrorzelle um Verzeihung gebeten.

## Mit Warnschussarrest Sanktionslücke geschlossen

Immer wieder erschrecken uns Berichte über brutale Übergriffe Jugendlicher, jüngst häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf Bahnhöfen. Für die christlich-liberale Koalition ist es mit öffentlicher Empörung über die Täter, die häufig bereits eine beachtliche kriminelle „Karriere“ hinter sich haben, nicht getan. Wir haben die Strafmöglichkeiten für Jugendrichter erweitert. Mit dem „Warnschussarrest“, der parallel zu einer Bewährungsstrafe verhängt werden kann, schließen wir eine Sanktionslücke. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgesmack darauf, was sie im Gefängnis

erwartet, wenn sie sich nicht ändern. Zugleich haben wir das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord von zehn auf 15 Jahre angehoben.

## Mehr Schutz für Polizisten und Rettungskräfte

Um der hohen Zahl von „Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt“ entgegenzutreten, hat die Koalition den strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften verbessert. Damit wird zugleich das Ansehen dieses Personenkreises in der Gesellschaft gestärkt, der für unser Wohlergehen und unsere Sicherheit Gefährdungen auf sich nimmt.

Deutschland gehört zu den Ländern mit den schärfsten Waffengesetzen weltweit. Früher als andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben wir dennoch die europarechtlichen Vorgaben zur Einrichtung eines computergestützten nationalen Waffenregisters umgesetzt. Die Sicherheitsbehörden erhalten damit umfassende Auswertungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Einsatzlagen und schnellere Fahndungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/recht](http://www.cducsu.de/recht)  
[www.cducsu.de/innen](http://www.cducsu.de/innen)  
[www.cducsu.de/2untersuchungsausschuss](http://www.cducsu.de/2untersuchungsausschuss)

135 km

Deutsche Botschaft

**OUAGADOUGOU** 4671 km

8047 km

Deutsche Botschaft

**MEXIKO**

9754 km

0038 km

Deutsche Botschaft

**KAIRO**

2902 km

Generalkonsulat

**ORK**

6396 km

Deutsche Botschaft

**ULAN BATOR**

6218 km

3421 km

# Freiheit, Demokratie und Menschenrechte achten

Gemeinsam mit ihren europäischen und transatlantischen Verbündeten tritt die Union für Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte ein. Das „C“ ist dabei für sie ein besonderer Leitfaden.

Die Union setzt sich dafür ein, dass immer mehr Menschen ihr Leben auf dem Fundament von Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit aufbauen können. Sie möchte, dass die Achtung der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte für alle gelten. Die deutsche Außenpolitik dient dem Ziel einer dauerhaften, friedlichen und gerechten Ordnung in Europa und der Welt.

## Religionsfreiheit und Schutz christlicher Minderheiten

Die Union war es, die dafür sorgte, dass die Themen Religionsfreiheit und Schutz christlicher Minderheiten prominent auf die internationale politische Tagesordnung kamen. Politiker der Union setzen sich vor Ort – sei es in Ägypten, Indien oder bei den Vereinten Nationen in New York – dafür ein, dass das Menschenrecht der Religionsfreiheit nicht in Vergessenheit gerät. Mit großer Besorgnis nimmt die CDU/CSU-Fraktion wahr, wie sich die Lage der Christen in vielen Teilen Arabiens nach dem Sturz der autoritären Regime zum Schlechteren entwickelt. Die Union sieht sich gegenüber den dort verfolgten Christen in besonderer Verantwortung.



## Für starke Partnerschaften in der Welt

Wichtigster Partner Deutschlands sind die USA. Mit ihnen sind wir in der transatlantischen Partnerschaft durch Geschichte und gemeinsame Werte verbunden. Zentral ist für die Unionsfraktion die Forderung nach der Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone.

Unser Land braucht darüber hinaus starke Partnerschaften auch mit den Ländern, deren Entscheidungen in der Zukunft unser Schicksal mit bestimmen werden. So werden Brasilien, Indien und China aufgrund ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Dynamik Weltpolitik mitgestalten. Russland wird wichtigster Energielieferant bleiben und entscheidend sein für die Sicherheit Europas.

Gerade für die Exportnation Deutschland zeigt es sich immer stärker, wie wichtig Asien geworden ist. Überall reden und entscheiden asiatische Mächte mit. Was heute in Asien passiert, hat Auswirkungen, die uns alle betreffen. Die Unionsfraktion will mit den Völkern Asiens immer enger zusammenarbeiten. Sie hat in den letzten Jahren diesen Prozess mit zahlreichen Reisen ranghoher Politiker, mit Kongressen und Gesprächsrunden nach Kräften unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Grundlage dafür ist ihr Asien-Konzept, das gerade neu gefasst wurde.

## Einsatz für Freiheit und Sicherheit

Damit wir in Deutschland in Sicherheit leben können, ist die Bundeswehr in vielen Regionen der Erde aktiv. Rund 6.400 Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich derzeit an Einsätzen im Ausland. Gemeinsam mit den Verbündeten sorgt die Bundeswehr in Afghanistan für die Stabilisierung des Landes, damit es schrittweise an afghanische Sicherheitskräfte übergeben werden kann. Bis Ende 2014 soll der ISAF-Einsatz der Bundeswehr beendet sein.

Das Beispiel Afghanistan zeigt: Die Bedrohungslage in Europa und der Welt hat sich gewandelt. Mit der Bundeswehrreform passt die christlich-liberale Koalition die Armee den neuen Herausforderungen an. Eine Reduzierung der Truppenstärke ist dabei unvermeidbar. In einem ersten Schritt hat die Koalition die Wehrpflicht ausgesetzt. Junge Menschen werden nun eingeladen, freiwillig Wehrdienst zu leisten. Mit dem Bundeswehrgesetz gestaltet die Koalition den notwendigen Umbau des Personalkörpers möglichst sozialverträglich.



## Den Balkan an die EU heranführen

Deutschland unterstützt aus Überzeugung die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Weg Richtung EU. Das Ziel dabei ist, Frieden, Sicherheit, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in der Region und damit in ganz Europa zu stärken. Die CDU/CSU-Fraktion hat eine eigene Kontaktgruppe Westbalkan eingerichtet. Bei jeder Erweiterung muss genau geprüft werden, ob dadurch nicht die Handlungsfähigkeit der EU beeinträchtigt wird.

Weitere Informationen unter  
[www.cducsu.de/aussen](http://www.cducsu.de/aussen)  
[www.cducsu.de/verteidigung](http://www.cducsu.de/verteidigung)  
[www.cducsu.de/menschenrechte](http://www.cducsu.de/menschenrechte)



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder warb beim Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon für den weltweiten Schutz der Religionsfreiheit.

# Gut zu wissen

## Zahlen und Fakten aus der Fraktionsbilanz

### **Mehr Steuergerechtigkeit für kleine und mittlere Einkommen**

Die christlich-liberale Koalition baut die sogenannte kalte Progression ab. Die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro sollen 2013 und 2014 an die Bürger zurückgegeben werden. Leider wird das Gesetz noch im Bundesrat von den rot-grün-geführten Ländern blockiert.

### **Bildungsrepublik Deutschland**

Wenn Deutschland weiter im Wohlstand leben will, muss der Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten bleiben. Deshalb steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um 13 Milliarden Euro. Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 334.000 zusätzliche Studienplätze.

### **Entlastung der Kommunen**

Der Bund übernimmt die ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von jährlich rund 4,5 Milliarden Euro. Damit entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft – allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Milliarden Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

### **Ausbau der Kinderbetreuung**

Im März 2012 waren 558.000 Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung. Ab dem 1. August 2013 sollen 780.000 Plätze vorhanden sein. Dafür erhöht der Bund sein Enga-

gement – obwohl Kinderbetreuung eine verfassungsrechtliche Aufgabe von Ländern und Kommunen ist. Der Bund übernimmt mit vier Milliarden ein Drittel der Kosten für den Kita-Ausbau und steuert 2012 zusätzlich 580 Millionen Euro bei. Ab 2014 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 845 Millionen Euro pro Jahr an den Betriebskosten der Tagesstätten.

### **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur**

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde ab 2012 zusätzlich eine Milliarde Euro für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße bereitgestellt – davon alleine 600 Millionen Euro für die Bundesfernstraßen. Ab 2013 werden weitere 750 Millionen Euro – vorrangig für Neubauprojekte – zur Verfügung gestellt.

Ab dem 1. August 2012 wurde in Deutschland die Lkw-Maut auf vier- und mehrspurige Bundesstraßen ausgedehnt. Ertrag: jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro für den Ausbau und den Erhalt der Straßeninfrastruktur.

### **Moderne Städte gestalten**

Die Koalition tut viel für moderne Städte: zum Beispiel durch die Städtebauförderung in Höhe von 45 Millionen Euro oder das neue KfW-Programm „Energetische Stadt-sanierung“ in Höhe von 92 Millionen Euro. Für die Jahre 2012 bis 2013 werden auch die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm deutlich auf 1,5 Milliarden Euro erhöht.

### **Menschen zur Organspende ermutigen**

12.000 Menschen in Deutschland warten auf ein Spenderorgan; jeden Tag sterben drei von ihnen. Daher wurde – ausgehend von einer Initiative des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder – das Transplantationsgesetz geändert. In Zukunft soll jeder Bürger mindestens einmal im Leben mit dem Thema Organspende konfrontiert werden – etwa bei der Ausgabe von Personalausweisen oder über Informationsschreiben der Krankenkassen. Einen Zwang zur Entscheidung wird es auch in Zukunft nicht geben.

### **Kultur für alle**

Siebenmal in Folge wurde der Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhöht. Derzeit umfasst der Etat rund 1,2 Milliarden Euro. Das hat es bisher noch nie gegeben.

### **Gegen Abzocke und Kostenfallen**

Die Abzocke durch kostenpflichtige Telefonwarteschleifen wurde beendet. Warteschleifen bei telefonischen Mehrwertdiensten sind künftig kostenfrei. Die Button-Lösung erhöht den Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im Internet. Verbraucher schließen von nun an erst nach Anklicken eines eindeutig gekennzeichneten Bestätigungsfeldes einen gültigen Vertrag ab.

### **Zukunftsorientierte Entwicklungspolitik**

Mit zehn Milliarden Euro an offiziellen staatlichen Entwicklungsgeldern im Jahr 2011 ist Deutschland in absoluten Zahlen gemessen das zweitgrößte Geberland weltweit. 2009 waren es noch zwei Milliarden weniger.

### **Bessere Informationen für Verbraucher**

Die Bürger können künftig unbürokratischer, schneller und umfassender Verbraucherinformationen von Behörden erhalten: seit dem 1. September auch zu Produkten wie Haushaltsgeräten oder Möbeln. Diese Anfragen sind in aller Regel kostenfrei und können auch per E-Mail oder telefonisch gestellt werden.

Zudem hat die Koalition das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch geändert. Eingeführt wurde eine Veröffentlichungspflicht der Behörden bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften.

Mit der Entscheidung, die Stiftung Warentest mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro pro Jahr auszustatten, wird sie in ihrer Arbeit zur Bewertung von Finanzprodukten gestärkt.



# Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern

## **Bildung und Forschung**

[www.cducsu.de/bildung](http://www.cducsu.de/bildung)

## **Sport und Ehrenamt**

[www.cducsu.de/sport](http://www.cducsu.de/sport)

## **Kultur und Medien**

[www.cducsu.de/kultur](http://www.cducsu.de/kultur)

## **Petitionen**

[www.cducsu.de/petitionen](http://www.cducsu.de/petitionen)

## **Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität**

[www.cducsu.de/wachstum](http://www.cducsu.de/wachstum)

## **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

[www.cducsu.de/nachhaltigkeit](http://www.cducsu.de/nachhaltigkeit)

## **1. Untersuchungsausschuss**

[www.cducsu.de/1untersuchungsausschuss](http://www.cducsu.de/1untersuchungsausschuss)

## **Gruppe der Frauen**

[www.cducsu.de/frauen](http://www.cducsu.de/frauen)

## **Parlamentskreis Mittelstand**

[www.cducsu.de/mittelstand](http://www.cducsu.de/mittelstand)

## **Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten**

[www.cducsu.de/vertriebene](http://www.cducsu.de/vertriebene)

## **Junge Gruppe**

[www.cducsu.de/jungegruppe](http://www.cducsu.de/jungegruppe)

## **Beauftragte für Menschen mit Behinderungen**

[www.cducsu.de/behindertepolitik](http://www.cducsu.de/behindertepolitik)

## **Beauftragter für die maritime Wirtschaft**

[www.cducsu.de/maritimewirtschaft](http://www.cducsu.de/maritimewirtschaft)

## **Beauftragter für Elektromobilität**

[www.cducsu.de/elektromobilitaet](http://www.cducsu.de/elektromobilitaet)

## **Beauftragter für IT-, Kommunikations- und Postpolitik**

[www.cducsu.de/itundpost](http://www.cducsu.de/itundpost)

## **Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften**

[www.cducsu.de/kirchen](http://www.cducsu.de/kirchen)

## **Projektgruppe Integration**

[www.cducsu.de/integration](http://www.cducsu.de/integration)

# Veranstaltungen

Kongresse und Fachgespräche nutzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um sich mit Experten, Wissenschaftlern, Kirchen, Verbänden und Bürgern über aktuelle politische Fragestellungen auszutauschen.

Unter [www.veranstaltungen.cducusu.de](http://www.veranstaltungen.cducusu.de) finden Sie Video-mitschnitte und weitere Informationen zu den Veranstaltungen. Hier eine Chronologie:

8.2.2012

## **Herausforderung Weltbevölkerungswachstum – Ist unsere Entwicklungspolitik gewappnet?**

Im vergangenen Jahr wurde der siebenmilliardste Mensch geboren. Für Fragen der sozialen Sicherung, Bildung, Ernährungssicherung und Gesundheit muss die Entwicklungspolitik neue Ansätze und Lösungen finden.

29.2.2012

## **Wachstumsmarke Freie Berufe**

Mit dem Fachkräftemangel wird der Wettbewerb um Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten oder Künstler schärfer. Von den freien Berufen erfordert das Veränderungsbereitschaft.

5.3.2012

## **Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung?**

Die Aktivitäten von Finanzinvestoren an den globalen Agrar- und Rohstoffterminkmärkten haben zugenommen. Beim Kongress wurde über mehr Transparenz an den Handelsplätzen und über stärkere Eingriffsbefugnisse für die Aufsichtsbehörden diskutiert.

7.3.2012

## **Der Arbeitsmarkt im Umschwung: Mehr Arbeitsplätze, schlechtere Jobs?**

Die Zahl der Arbeitslosen liegt unter drei Millionen. Dennoch arbeiten immer mehr Menschen für Niedriglöhne, in Teilzeit oder als Minijobber. Es wurde die Frage diskutiert, ob Chancen und Risiken für die Arbeitnehmer in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

19.3.2012

## **Russland nach den Wahlen: Modernisierung oder Stagnation? Perspektiven einer Partnerschaft**

Der Kongress ging den Fragen nach, wie sich Russland unter Präsident Wladimir Putin politisch und wirtschaftlich modernisieren kann und wie Deutschland und die EU die Partnerschaft zu Russland weiter entwickeln können.

21.3.2012

## **Stabile Rahmenbedingungen für Industrie und Arbeitsplätze in Deutschland**

Die Unionsfraktion setzt einen zuverlässigen politischen Rahmen, damit Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt und seine Unternehmen auch in Zukunft über alle Wertschöpfungsstufen hinweg auf den Weltmärkten erfolgreich sind.

26.3.2012

## **Krisen vorbeugen – Finanzaufsicht stärken**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt das Ziel, mit einem leistungsfähigen Regulierungsrahmen dauerhaft für ein stabileres Finanzsystem zu sorgen.



28.3.2012

### **Digitale Wirtschaft**

Die CDU/CSU-Bundestagfraktion sieht die digitale Wirtschaft als einen zentralen Wachstums- und Innovationsmotor. Es braucht weitere Impulse aus diesem Bereich, um den aktuellen Wachstumstrend zu erhalten.

23.4.2012

### **Islamische Paralleljustiz in Deutschland?**

#### **Eine Herausforderung für den Rechtsstaat?**

Der überwiegende Teil der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund respektiert das deutsche Rechts- und Justizsystem. In letzter Zeit häufen sich jedoch Berichte über eine islamische Paralleljustiz. Die Politik ist daher aufgerufen, sich den Herausforderungen für unseren Rechtsstaat zu stellen.

25.4.2012

### **Werte und Wertschöpfung: Rohstoffsicherheit für Deutschland und Europa**

Die sichere Versorgung mit energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen ist entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, Europa und weltweit. Darum hat die Unionsfraktion einen Diskussionsprozess über Fragen der Rohstoffpolitik mit der Wirtschaft und einer breiten Öffentlichkeit angestoßen.

27.4.2012

### **Filmempfang**

Die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben, appellierte an die Politik, die Rechte der Urheber angemessen zu berücksichtigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in ihrem Positionspapier „Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft“ unmissverständlich an die Seite von Künstlern und Kreativen gestellt.

7.5.2012

### **Topfit bis ins Alter – Konzepte für die Arbeitswelt von morgen**

In einer humanen Arbeitswelt dürfen die Beschäftigten nicht überfordert werden. Es kommt nicht nur auf die Wirtschaftlichkeit der Produktionsprozesse an, sondern auch auf die Würde der Arbeitnehmer.

9.5.2012

### **Die Zukunft der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft**

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung asiatischer Staaten ist es erforderlich, die transatlantische Kooperation zu vertiefen und sich den wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

23.5.2012

### **Rio + 20 – Forderungen an eine erfolgreiche Nachhaltigkeitskonferenz**

Vor 20 Jahren fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung statt. Anlässlich des Jubiläumsgipfels 2012 wurde über das Erreichte diskutiert. Schlussfolgerungen für die Zukunft wurden formuliert.

11.6.2012

### **Ländliche Räume, regionale Vielfalt – Wie gestalten wir die Zukunft?**

Damit die Menschen, Familien und Unternehmen auf dem Land weiterhin gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden, haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ eingesetzt. Beim Kongress wurde mit Wissenschaftlern, Bürgermeistern und Experten diskutiert. Die Ergebnisse flossen in den Koalitionsantrag ein.

13.6.2012

### **Asiens neue Gestaltungsmächte – Werte, Wirtschaft, Weltordnung**

Die neuen Gestaltungsmächte Asiens tragen bei der Gestaltung einer sich wandelnden Welt mehr und mehr Verantwortung. Die Unionsfraktion will mit ihnen immer enger zusammenarbeiten – auf der Grundlage universeller Werte.

25.6.2012

### **Prävention in Deutschland – Zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe**

Das Ziel der Unionsfraktion ist es, die Erkrankungen, die vom Verhalten oder vom Lebensstil hervorgerufen werden, deutlich zu reduzieren.



Helmut Kohl beim Besuch in der CDU/CSU-Fraktion:  
„Dies ist meine Heimat.“

24.9.2012

### **Selbstverwaltung stärken – Sozialwahl modernisieren**

Die Sozialwahlen sind die drittgrößten Wahlen in Deutschland. Es wurde diskutiert, wie man die Attraktivität von Sozialwahl und Selbstverwaltung steigern kann.

25.9.2012

### **Besuch von Helmut Kohl in der Fraktion**

Zum 30. Jubiläum seiner Wahl zum Bundeskanzler folgte Helmut Kohl einer Einladung der Fraktion. Angesichts der europäischen Schuldenkrise forderte Kohl die Abgeordneten auf, für Europa zu kämpfen.

26.9.2012

### **Geburtstagsmatinee Wolfgang Schäuble**

Zum 70. Geburtstag von Finanzminister Wolfgang Schäuble richtete die Unionsfraktion einen Empfang aus. Damit würdigte sie die Verdienste ihres langjährigen Mitglieds und ehemaligen Vorsitzenden, der die Geschicke Deutschlands maßgeblich geprägt hat und weiterhin prägt.

15.10.2012

### **Aussöhnung als Aufgabe – Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945**

Angesichts des wachsenden gesellschaftlichen Interesses an der deutschen Nachkriegsgeschichte zeigte der Kongress die aktuelle Bedeutung dieses Teils der deutschen Vergangenheit auf.



Angela Merkel und Christine Lagarde bei  
Wolfgang Schäubles 70. Geburtstag.

17.10.2012

### **Starke Kommunen – Starkes Land**

Im Regierungsprogramm hat die christlich-liberale Koalition angekündigt, die Kommunalfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen und die Kommunen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Der Kongress zog eine erste Bilanz und arbeitete Perspektiven für die Zukunft heraus.

26.11.2012

### **Afghanistan – Verantwortung für die Zukunft nach ISAF**

Beim Kongress standen der Abzug der internationalen Schutztruppen und das Ziel einer langfristigen Sicherheit für Afghanistan im Mittelpunkt. Diskutiert wurde insbesondere das deutsche Engagement in der Transformationsdekade.

10.12.2012

### **Herausforderung Weltbevölkerungswachstum – Ist unsere Entwicklungspolitik gewappnet?**

Das anhaltende Weltbevölkerungswachstum hat Konsequenzen für unsere Umwelt und die natürlichen Ressourcen. Es setzt Migrationsbewegungen in Gang. Wie sich die Entwicklungspolitik auf diese Trends einstellen muss, diskutierte der zweite Kongress zur Weltbevölkerung.

# Fraktionsvorstand

## Geschäftsführender Vorstand

---

### Vorsitzender



**Volker Kauder**

---

### Erste Stellvertretende Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe



**Gerda Hasselfeldt**

---

### Stellvertretende Vorsitzende



Recht, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler  
**Dr. Günter Krings**



Wirtschaft und Technologie, Mittelstand, Tourismus, Petitionen  
**Dr. Michael Fuchs**



Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik  
**Dr. Michael Meister**



Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
**Johannes Singhammer**



Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer  
**Ingrid Fischbach**



Außen, Verteidigung, Europa  
**Dr. Andreas Schockenhoff**



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
**Dr. Christian Ruck**



Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien  
**Michael Kretschmer**



Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost, Menschenrechte  
**Arnold Vaatz**

---

## Parlamentarische Geschäftsführer



Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer  
**Michael Grosse-Brömer**



Stellvertreter des Ersten  
Parlamentarischen Geschäftsführers  
und Parlamentarischer Geschäfts-  
führer der CSU-Landesgruppe  
**Stefan Müller**



**Michaela Noll**



**Manfred Grund**



**Bernhard Kaster**

---

## Justiziere



**Helmut Brandt**



**Dr. Wolfgang Götzer**



**Joachim Hörster**

---

## Sprecher der CDU-Landesgruppen

# Fraktionsvorstand Arbeitsgruppen

## Vorsitzende der Arbeitsgruppen



Recht  
**Andrea Voßhoff**



Innen  
**Dr. Hans-Peter Uhl**



Wirtschaft und Technologie  
**Dr. Joachim Pfeiffer**



Finanzen  
**Klaus-Peter Flosbach**



Haushalt  
**Norbert Barthle**



Gesundheit  
**Jens Spahn**



Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz  
**Franz-Josef Holzenkamp**



Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
**Dorothee Bär**



Arbeit und Soziales  
**Karl Schiewerling**



Auswärtiges  
**Philipp Mißfelder**



Verteidigung  
**Ernst-Reinhard Beck**



Angelegenheiten  
der Europäischen Union  
**Michael Stübgen**



Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung  
**Dirk Fischer**



Bildung und Forschung  
**Albert Rupprecht**



Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit  
**Marie-Luise Dött**



Wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit und Entwicklung  
**Sibylle Pfeiffer**



Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe  
**Erika Steinbach**



Sport und Ehrenamt  
**Klaus Riegert**



Kultur und Medien  
**Wolfgang Börnsen**



Tourismus  
**Marlene Mortler**



# Fraktionsvorstand Soziologische Gruppen und Beisitzer

## Vorsitzende der soziologischen Gruppen



Petitionen  
**Günter Baumann**



Enquete-Kommission Wachstum,  
Wohlstand, Lebensqualität  
**Dr. Georg Nüßlein**



Gruppe der Frauen  
**Rita Pawelski**



Arbeitsgemeinschaft  
Kommunalpolitik  
**Peter Götz**



Arbeitnehmergruppe  
**Peter Weiß**



Enquete-Kommission Internet  
und digitale Gesellschaft  
**Jens Koeppen**



Parlamentarischer Beirat für  
nachhaltige Entwicklung  
**Daniela Ludwig**



Parlamentskreis Mittelstand  
**Christian Freiherr  
von Stetten**



Gruppe der Vertriebenen,  
Aussiedler und deutschen  
Minderheiten  
**Klaus Brähmig**



Junge Gruppe  
**Marco Wanderwitz**



1. Untersuchungsausschuss Gorleben  
**Reinhard Grindel**



2. Untersuchungsausschuss Terrorgruppe  
nationalsozialistischer Untergrund  
**Clemens Binninger**

## Beisitzer im Fraktionsvorstand

Thomas Bareiß  
Axel E. Fischer  
Dr. Maria Flachsbarth  
Erich G. Fritz  
Reinhard Grindel  
Prof. Monika Grütters  
Ernst Hinsken  
Dr. Rolf Koschorrek

Dr. h. c. Hans Michelbach  
Ruprecht Polenz  
Johannes Röring  
Christian Freiherr von Stetten  
Max Straubinger  
Antje Tillmann  
Elisabeth Winkelmeier-Becker

# Weitere Gremien

## Beauftragte des Vorsitzenden

---

### Beauftragte des Vorsitzenden



Beauftragte für Menschen  
mit Behinderungen  
**Maria Michalk**



Beauftragter für  
die maritime Wirtschaft  
**Eckhardt Rehberg**



Beauftragter für  
Elektromobilität  
**Andreas Jung**



Beauftragter für IT-,  
Kommunikations- und Postpolitik  
**Dr. Georg Nüßlein**



Energiekoordinations-  
gruppe  
**Thomas Bareiß**



Beauftragte für Kirchen und  
Religionsgemeinschaften  
**Dr. Maria Flachsbarth**



Projektgruppe Integration  
**Michael Frieser**



Verbraucherschutzbeauftragte  
**Mechthild Heil**

# Weitere Gremien Landesgruppen

---

## Vorsitzende der Landesgruppen



Baden-Württemberg  
**Thomas Strobl**



Berlin  
**Kai Wegner**



Brandenburg  
**Michael Stübgen**



Bremen  
**Bernd Neumann**



Hamburg  
**Dirk Fischer**



Hessen  
**Dr. Michael Meister**



Mecklenburg-Vorpommern  
**Eckhardt Rehberg**



Niedersachsen  
**Michael Grosse-Brömer**



Nordrhein-Westfalen  
**Peter Hintze**



Rheinland-Pfalz  
**Joachim Hörster**



Saarland  
**Peter Altmaier**



Sachsen  
**Dr. Michael Luther**



Sachsen-Anhalt  
**Ulrich Petzold**



Schleswig-Holstein  
**Dr. Ole Schröder**



Thüringen  
**Manfred Grund**

# Weitere Gremien

## Gremien des Bundestages

---

### Bundestagspräsident



**Prof. Dr. Norbert Lammert**

---

### Bundestagsvizepräsident



**Eduard Oswald**

---

### Vorsitzende der Bundestagsausschüsse



Rechtsausschuss  
**Siegfried Kauder**



Innenausschuss  
**Wolfgang Bosbach**



Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
**Gunther Krichbaum**



Auswärtiger Ausschuss  
**Ruprecht Polenz**



Ausschuss für Kultur und Medien  
**Prof. Monika Grütters**



Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung  
**Thomas Strobl**



Ausschuss für Tourismus  
**Klaus Brähmig**



Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
**Ernst Hinsken**



Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
**Dagmar G. Wöhl**



Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft  
**Axel E. Fischer**



1. Untersuchungsausschuss Gothen  
**Dr. Maria Flachsbarth**



Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung  
**Andreas Jung**

# 237 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete

## A

Aigner, Ilse  
Altmaier, Peter  
Aumer, Peter

## B

Bär, Dorothee  
Bareiß, Thomas  
Barthle, Norbert  
Baumann, Günter  
Beck, Ernst-Reinhard  
Behrens, Manfred  
Bellmann, Veronika  
Bergner, Dr. Christoph  
Beyer, Peter  
Bilger, Steffen  
Binninger, Clemens  
Bleser, Peter  
Böhmer, Prof. Dr. Maria  
Börnsen, Wolfgang  
Bosbach, Wolfgang  
Brackmann, Norbert  
Brähmig, Klaus  
Brand, Michael  
Brandl, Dr. Reinhard  
Brandt, Helmut  
Brauksiepe, Dr. Ralf  
Braun, Dr. Helge  
Brehmer, Heike  
Brinkhaus, Ralph

## C

Caesar, Cajus  
Connemann, Gitta

## D

Dobrindt, Alexander  
Dörflinger, Thomas  
Dött, Marie-Luise

## F

Feist, Dr. Thomas  
Ferlemann, Enak  
Fischbach, Ingrid  
Fischer, Axel E.  
Fischer, Dirk  
Fischer, Hartwig  
Flachsbarth, Dr. Maria  
Flosbach, Klaus-Peter  
Frankenhauser, Herbert  
Friedrich, Dr. Hans-Peter  
Frieser, Michael  
Fritz, Erich G.  
Fuchs, Dr. Michael  
Fuchtel, Hans-Joachim  
Funk, Alexander

## G

Gädechens, Ingo  
Gauweiler, Dr. Peter  
Gebhart, Dr. Thomas  
Geis, Norbert  
Gerig, Alois  
Gienger, Eberhard  
Glos, Michael  
Göppel, Josef  
Götz, Peter  
Götzer, Dr. Wolfgang  
Granold, Ute  
Grindel, Reinhard  
Gröhe, Hermann  
Grosse-Brömer, Michael  
Grübel, Markus  
Grütters, Prof. Monika  
Grund, Manfred  
Gutting, Olav

## H

Hahn, Florian  
Harbarth, Dr. Stephan  
Hardt, Jürgen  
Hasselfeldt, Gerda  
Heider, Dr. Matthias

Heiderich, Helmut  
Heil, Mechthild  
Heinen-Esser, Ursula  
Heinrich, Frank  
Henke, Rudolf  
Hennrich, Michael  
Heveling, Ansgar  
Hinsken, Ernst  
Hintze, Peter  
Hirte, Christian  
Hochbaum, Robert  
Hörster, Joachim  
Holmeier, Karl  
Holzenkamp, Franz-Josef  
Hübinger, Anette  
Hüppe, Hubert

## J

Jarzombek, Thomas  
Jasper, Dieter  
Jüttner, Prof. Dr. Egon  
Jung, Andreas  
Jung, Dr. Franz Josef

## K

Kalb, Bartholomäus  
Kammer, Hans-Werner  
Kampeter, Steffen  
Karl, Alois  
Kaster, Bernhard  
Kauder, Siegfried  
Kauder, Volker  
Kaufmann, Dr. Stefan  
Kiesewetter, Roderich  
Klaeden, Eckart von  
Klamt, Ewa  
Klein, Volkmar  
Klimke, Jürgen  
Knoerig, Axel  
Koeppen, Jens  
Kolbe, Manfred  
Koschorrek, Dr. Rolf  
Koschyk, Hartmut

Kossendey, Thomas  
Kretschmer, Michael  
Krichbaum, Gunther  
Krings, Dr. Günter  
Kruse, Rüdiger  
Kudla, Bettina  
Kues, Dr. Hermann

## L

Lach, Günter  
Lämmel, Andreas  
Lamers, Dr. Karl  
Lammert, Prof. Dr. Norbert  
Landgraf, Katharina  
Lange, Ulrich  
Lehmer, Dr. Max  
Lehrieder, Paul  
Leyen, Dr. Ursula von der  
Liebing, Ingbert  
Lietz, Matthias  
Linnemann, Dr. Carsten  
Lips, Patricia  
Luczak, Dr. Jan-Marco  
Ludwig, Daniela  
Luther, Dr. Michael

## M

Maag, Karin  
Maizière, Dr. Thomas de  
Marwitz, Hans-Georg von der  
Mattfeldt, Andreas  
Mayer, Stephan  
Meister, Dr. Michael  
Merkel, Dr. Angela  
Michalk, Maria  
Michelbach, Dr. h.c. Hans  
Middelberg, Dr. Mathias  
Mißfelder, Philipp  
Monstadt, Dietrich  
Mortler, Marlene  
Müller, Dr. Gerd  
Müller, Stefan  
Murmah, Dr. Philipp



## N

Neumann, Bernd  
Noll, Michaela  
Nüßlein, Dr. Georg

## O

Obermeier, Franz  
Oswald, Eduard  
Otte, Henning

## P

Paul, Dr. Michael  
Pawelski, Rita  
Petzold, Ulrich  
Pfeiffer, Dr. Joachim  
Pfeiffer, Sibylle  
Philipp, Beatrix  
Pofalla, Ronald  
Poland, Christoph  
Polenz, Ruprecht  
Pols, Eckhard

## R

Rachel, Thomas  
Ramsauer, Dr. Peter  
Rehberg, Eckhardt  
Reiche, Katherina  
Riebsamen, Lothar  
Rief, Josef  
Riegert, Klaus  
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz

Röring, Johannes  
Röttgen, Dr. Norbert  
Ruck, Dr. Christian  
Rüddel, Erwin  
Rupprecht, Albert

## S

Schäfer, Anita  
Schäuble, Dr. Wolfgang  
Schavan, Prof. Dr. Annette  
Scheuer, Dr. Andreas  
Schiewerling, Karl  
Schindler, Norbert  
Schipanski, Tankred  
Schirmbeck, Georg  
Schmidt, Christian  
Schnieder, Patrick  
Schockenhoff, Dr. Andreas  
Schön, Nadine  
Schröder, Dr. Kristina  
Schröder, Dr. Ole  
Schulte-Drüggelte, Bernhard  
Schummer, Uwe  
Schuster, Armin  
Seif, Detlef  
Selle, Johannes  
Sendker, Reinhold  
Sensburg, Prof. Dr. Patrick  
Siebert, Bernd  
Silberhorn, Thomas  
Singhammer, Johannes

Spahn, Jens  
Stauche, Carola  
Steffel, Dr. Frank  
Steinbach, Erika  
Stetten, Christian Freiherr von  
Stier, Dieter  
Storjohann, Gero  
Stracke, Stephan  
Straubinger, Max  
Strenz, Karin  
Strobl, Thomas  
Strothmann, Lena  
Stübgen, Michael

## T

Tauber, Dr. Peter  
Tillmann, Antje

## U

Uhl, Dr. Hans-Peter

## V

Vaatz, Arnold  
Vogel, Volkmar  
Vogelsang, Stefanie  
Voßhoff, Andrea

## W

Wadepful, Dr. Johann David  
Wanderwitz, Marco  
Wegner, Kai

Weinberg, Marcus  
Weiß, Peter  
Weiss, Sabine  
Wellenreuther, Ingo  
Wellmann, Karl-Georg  
Wichtel, Heinz Peter  
Widmann-Mauz, Annette  
Willsch, Klaus-Peter  
Winkelmeier-Becker, Elisabeth  
Wöhrl, Dagmar G.

## Z

Zimmer, Dr. Matthias  
Zöller, Wolfgang  
Zylajew, Willi

# Kontakt

## CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

### Anschrift

Vorname und Zuname  
der/des Bundestagsabgeordneten  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### E-Mail

Berliner Büro  
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
vorname.zuname@wk.bundestag.de

## Bürgerbüro

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat  
ein Büro für Bürgerkommunikation.

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren  
zur Arbeit der Unionsfraktion erreichen Sie  
es unter:

Bürgertelefon: 030. 227-5 55 50  
[www.cducsu.de/kontakt](http://www.cducsu.de/kontakt)

## Online

### Weitere Informationen über die CDU/CSU-Fraktion

[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  
[veranstaltungen.cducsu.de](http://veranstaltungen.cducsu.de)  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
[bilanz.cducsu.de](http://bilanz.cducsu.de)



[facebook.com/cducsubundestagsfraktion](https://facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



[plus.google.com/+CDU-CSU-Fraktion](https://plus.google.com/+CDU-CSU-Fraktion)



[www.youtube.com/cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/cducsubt](https://twitter.com/cducsubt)  
[twitter.com/cducsupm](https://twitter.com/cducsupm)

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie  
unter [www.csu-landesgruppe.de](http://www.csu-landesgruppe.de)



# Impressum

## Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030. 227-5 53 74  
F 030. 227-5 01 46  
pressestelle@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Gestaltung

Adler & Schmidt Kommunikations-Design, Berlin

## Druck

Ruksaldruck, Berlin  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung

## Bildnachweis

Umschlag: Tobias Koch; S. 4: Laurence Chaperon; S. 6: CDU/CSU-Bundes-  
tagsfraktion/Steven Rösler; S. 7: Tobias Koch; S. 11: Tobias Koch; S. 12: Tobias  
Koch; S. 15: Tobias Koch; S. 16: Shutterstock/Einstein; S. 18: CDU/CSU-Bun-  
destagsfraktion/Steven Rösler; S. 19: Tobias Koch; S. 20: Thomas Trutschel/  
photothek.net; S. 22: Tobias Koch; S. 24: Thomas Trutschel/photothek.net;  
S. 28: Liesa Johannssen/photothek.net; S. 30: Tobias Koch; S. 33: Tobias Koch;  
S. 34: Tobias Koch; S. 36: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 39: Tobias Koch;  
S. 40: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 45: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/  
Steven Rösler; S. 46: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 48: Ute  
Grabowsky/photothek.net; S. 50: Tobias Koch; S. 52: picture alliance/dpa;  
S. 54: Michael Gottschalk/dapd; S. 55: Bundesregierung/Guido Bergmann;  
S. 56: Thomas Koehler/photothek.net; S. 59: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/  
Ulrich Scharlack; S. 61: Tobias Koch; S. 65: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/  
Christian Zentner, Bundesregierung/Jochen Eckel; S. 75: Fotolia/Tsiumpa

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

## Stand

November 2012



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons  
License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich  
machen. Es gelten folgende Bedingungen:

### Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm fest-  
gelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus:  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Für ein starkes Deutschland und Europa.

### Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

### Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließ-  
lich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck  
der Wahlwerbung verwendet werden.



